

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteht wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinterate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **575 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Befürchtungen erster weltwirtschaftlicher Ebrungen durch den amerikanischen-mexikanischen Streikfall traten hierher nicht hervor, dennoch stellten sich auf die Nachricht der Landung amerikanischer Truppen in Mexiko polternde Kursstürze ein. In Erinnerung an die Ereignisse bei Ausbruch des Balkankrieges waren an den Börsen Angstverkäufe erfolgt, die private Spekulation ließ sich von der Auffassung leiten, daß bei einer längeren Dauer der amerikanisch-mexikanischen Kämpfe immerhin von neuem politische Unruhen in das Geschäftsleben hineingetragen werden könnte. Bei der geringen Unternehmungslust an den Börsen bedurfte es in diesen Tagen nur geringen Angebots, um schon beträchtliche Kursrückgänge zu bewirken. Auch auf den Warenmärkten blieb die Stimmung gedrückt, das trifft besonders auf die Eisenmärkte zu. Die Hoffnungen auf eine Besserung des deutschen Eisen- und Stahlmarktes, die die kleine Belegung am Schluß des vergangenen Jahres erweckt hatte — äußerte in diesen Tagen die Verwaltung der Deutschen Eisenhandels-Aktiengesellschaft in der Generalversammlung des Unternehmens — sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Der Markt ist vielmehr in dem angegebenen Jahre einer um so nachhaltigeren Verfallung verfallen. Die rückläufige Bewegung der Preise hat sich in diesem Jahre fortgesetzt und stellenweise ein Niveau erreicht, das als ein vorher kaum dagewesenes bezeichnet werden muß. Im besonderen trifft dies auf den umfangreichsten und führenden Artikel der Branche, Stabeisen, zu. Die Preise, zu denen dieser Artikel für den Export verkauft wird, und die selbst für die bestausgestatteten Werke verlustbringend sind, sind nur zu verstehen, wenn man berücksichtigt, daß sich unsere deutsche Stabeisenproduktion in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hat, nämlich von 2 auf 4,2 Millionen Tonnen angesetzt ist. Die Werke waren in der gleichen Periode zur Unterbringung solcher Produktion genötigt, das auszuführende Quantum zu vervierfachen, nämlich von etwa 300 000 Tonnen auf etwa 1,1 Millionen Tonnen. Es darf angenommen werden, daß nach Beendigung der politischen Unruhen in Süd- und Mittelamerika und der wirtschaftlichen Depression in Ostasien sich für unsere deutsche Industrie die Ausfuhrmöglichkeit in erhöhtem Maße zu besseren Preisen ergeben wird. Dann werden auch im Inlande die schon jetzt vorliegenden Momente, die eine Besserung versprechen, nämlich die Geldmangel, die allerdings erst in ihren Anfängen sich leicht bemerkbar machen, die Besserung des Hypothekemarktes und im Zusammenhang damit des Baumarktes, die großen Bestellungen des Eisenbahnbaus, der aufstrebende Bedarf auf Grund der Wehrvorlage, durchgreifen und der Gesamtsituation zu einer Besserung verhelfen.

Ermäßigungen haben auch die Metallpreise erfahren, an der maßgebenden Londoner Metallbörse stellt sich der Kupferpreis auf 63 3/4 Pfund für die Tonne (1 Pfund = 20,40 M.) gegen 65 Pfund im Anfang des Jahres, der Zinnspreis ist seit dem 15. April von 164 1/2 Pfund auf 157 1/2 Pfund gesunken, anfangs des Jahres betrug der Preis 168 1/2 Pfund. Am Berliner Markt betrug der Kupferpreis 129 M., der Preis für Australzinn 324 M., für Bancanzinn 327 M., die Berliner Preise verstehen sich für 100 Kilogramm. Deutschland's Kupferverbrauch hat auch im vergangenen Jahre wieder beträchtlich zugenommen, dagegen fiel der Kupferverbrauch Amerikas in den Monaten September und Oktober schon wesentlich ab, die beiden letzten Monate ertrugen eine weitere Verbrauchsminderung. Die Kupferbestände sind nach der Statistik, deren Zahlen aber vorsichtig aufzunehmen sind, Ende 1913 viel niedriger als in den Vorjahren gewesen, die Erzeugung ist durch die Wirren in Mexiko und Streiks in verschiedenen Kupferbezirken beeinträchtigt worden. Zu einer Preisermäßigung entschloß sich der Zinkhüttenverband um 1 M. für 100 Kilogramm, der Preis wurde von 46,25 M. auf 45,24 M. herabgesetzt, außerdem werden die Zinklatten nach dem Beschluß des internationalen Zinklattenverbandes vom 1. Mai an eine Einschränkung der Erzeugung von 15 bis 18 Prozent vornehmen. Die Bestände des Zinklattenverbandes sind ange wachsen, während angeblich die Verbraucher im Gegenzug zur früheren Gepflogenheit nur geringe Vorräte unterhalten sollen.

Unabhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage ist das Tempo des Verschmelzungsprozesses, der sich auf allen Wirtschaftsbereichen ununterbrochen vollzieht. Die beiden ältesten Finanzinstitute Deutschlands beschloßen ihre Verschmelzung, die Diskontogesellschaft nimmt mit den Schaaffhausen'schen Bankverein auf, der nach außen hin seine Selbstständigkeit behalten soll. Zu diesem Zweck erhöht die Diskontogesellschaft ihr Grundkapital um 75 Millionen auf 300 Millionen Mark, sie tritt nach der Höhe des Kapitals damit an die Spitze aller Banken. Das Aktienkapital des Schaaffhausen'schen Bankvereins, der in den letzten Jahren starke Verluste erlitt, betrug 145 Millionen Mark. Unter den Zusammenschlüssen industrieller Gesellschaften ist in erster Reihe der Erwerb der Aktiengesellschaft Schütz-Knaudt in Gdingen durch die Mannesmann-Röhrenwerke hervorzuheben, die bei ihrer übermaligen Ausdehnung wieder zu einer Kapitalserhöhung von 11 Millionen Mark schritten. Das Maschinenwerk Schütz-Knaudt, das mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Mark arbeitet, begründet die Verschmelzung mit den schlechten Preisen der Maschinenwerke, nur der Bau kostspieliger Hochöfen zur Kohleisenherzeugung und die Aufnahme einer eigenen Kolbenherzeugung hätten der Gesellschaft die notwendige Gewinnmöglichkeit wieder bringen können. Die Durchführung dieses Zukunftsprogramms hätte jedoch Mittel von

so gewaltiger Ausdehnung erfordert, daß auf deren Erlangung bei den unglücklichen Ertragsausfällen der Gesellschaft in absehbarer Zeit nicht zu rechnen gewesen wäre. Die Mannesmann-Röhrenwerke beabsichtigen, auf dem am Lieberhörn gelegenen Grundstüd von Schulz-Knaudt Hochöfen zu errichten und das vorhandene Stahlwerk hierher auszubauen, daß sie hier sowohl den Stahlbedarf des Maschinenwerks Schütz-Knaudt als auch den des schon im Besitz der Mannesmann-Werke befindlichen Maschinenwerks Grillo, Funke & Co. in Gelsenkirchen viel billiger herstellen können. Die für die Stahlherzeugung der Gesellschaft erforderlichen Rohstoffmengen sollen in dem neu zu errichtenden Hochofenwerk in Gdingen hergestellt werden. Die Mannesmann-Werke werden zu einem gemischten Werk großen Stils ausgestaltet, das den allergrößten Teil seiner Rohstoffe und ihr Halbfertiges in den eigenen Werken zu Schmelzen und Röhren verarbeiten wird. Neben der erwähnten Kapitalserhöhung um 11 Millionen Mark ist auch die Ausgabe von weiteren Obligationen im Betrage von 9 Millionen Mark vorgegeben. Es wird danach das Aktienkapital, das erst im Jahre 1909/10 von 22,50 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark, im Jahre 1911 auf 33, 1912 auf 45 und 1913 auf 61 Millionen Mark erhöht worden ist, 72 Millionen Mark betragen. Verbunden sind die Mannesmann-Röhrenwerke durch Verträge für die Dauer von 30 Jahren mit der Aktiengesellschaft Balck, Tellerling & Co., den Wittener Stahlröhrenwerken, den Siegerner Stahlröhrenwerken und dem Wassergasschweißwerk Runke in Worms. Vor nicht langer Zeit erwarben die Mannesmann-Werke die Zeche Rudolfin Elisabeth, um sich im Kohlebezug vom Kohlenpreisdiktat unabhängig zu machen, nun verlangt es beim Syndikat eine Vorzugsstellung der Zeche auch für Lieferungen an die übernommene Gesellschaft Schütz-Knaudt. Dadurch ergeben sich innerhalb des Kohlenpreisdiktats neue Schwierigkeiten, die ohne weiteres sich stark gehäuft haben. Die Rheinischen Stahlwerke haben ihre Zustimmung zur Verlängerung des Kohlenpreisdiktats davon abhängig gemacht, daß spätestens bis zum 1. Januar 1915 auch eine Verständigung über die Neubildung der Verbände der Eisenindustrie, und zwar ebenfals (wie beim Kohlenpreisdiktat) bis 1921 festzulegen ist. Mit dem Verlangen der Rheinischen Stahlwerke steht sich der Stahlwerkeverband bereits in Rüge befaßt. Eine Neuordnung vollzieht sich in der Drahtindustrie, die schon angeordnete Interessengemeinschaft zwischen 5 Walzdrahtwerken mit 35 Verfeinerungswerken ist unter der Firma Deutscher Drahtverband G. m. b. H. gegründet worden. Nach dem Vertrag erhalten die Verfeinerungswerke den Walzdraht zu einem bestimmten Preise geliefert, und ebenso verkaufen die Verfeinerungswerke ihre Waren zu einem bestimmten Preise an den Verband. Die Ueberstände aus dem Weiterverkauf durch den Verband werden dann unter die heranziehenden Werke gemeinsam verteilt. Am 16. Mai werden die Verkäufe im Walzdrahtverbande frei, und man scheint sich überall schon darauf einzurichten, daß in den noch verbleibenden drei Wochen nichts anderes erreicht werden wird als die Auflösung des Walzdrahtverbandes. Der neue Deutsche Drahtverband wird mehr als die Hälfte der Erzeugung in sich schließen.

Als Folge der Kapitalverwässerung ist in erster Reihe der Dividendenrückgang der Akkumulatorenfabrik A.-G. Berlin-Hagen von 25 auf 20 Prozent anzusehen, die Gesellschaft erhöhte 1912 das Kapital von 8 auf 12 Millionen, um ein weiteres Aufsteigen der Dividende, die 1911 von 15 auf 25 Prozent erhöht worden war, zu verhindern. Dafür sprachen die inneren Verhältnisse des Unternehmens und die Umstände, unter denen die Kapitalerhöhung erfolgte. Die Abschreibungen sind diesmal mit 315 985 M. gegen 700 234 M. im Vorjahre ausgewiesen, diese Ermäßigung bedeutet jedoch nichts, denn die offenen Reserven betragen etwa 83 Prozent des Aktienkapitals, viele Konten, darunter Wohngebäude, Maschinen und Modelle stehen zusammen mit 20 M. zu Buch. Der Umsatz der Akkumulatorenfabrik stieg von 20,3 auf 22 Millionen. Der Abschluß der Bergmann-Leitztrichtwerke, A.-G. in Berlin, ergibt für 1913 nach Abzug der Fabrikunkosten und weiterer besonderer Abschreibungen auf Waren von 600 000 M. gegen 700 000 M. im Vorjahre einen Ertrag von 11,60 Millionen Mark gegen 10,64 Millionen Mark im Vorjahre. Nach Abschreibungen auf Anlagekonten von 2,71 Millionen Mark, wie im Vorjahre, und auf Beteiligungen von 881 733 M. gegen 1,15 Millionen Mark im Vorjahre wird ein Ueberschuß von 3,18 Millionen gegen 2,38 Millionen Mark für 1912 ausgewiesen. Die Dividende kommt wieder in Höhe von 15 Prozent zur Verteilung, sie erfordert, da diesmal ein erhöhtes Aktienkapital daran teilnimmt, 468 750 M. mehr als im Vorjahre. — Güntig schließen die Kabelwerke für 1913 ab. Die Deutschen Kabelwerke, A.-G. in Berlin-Vingst, verteilen bei erhöhtem Ueberschuße eine Dividende von wieder 8 Prozent. Von den Tochtergesellschaften der Deutschen Kabelwerke konstante die Union Cable Company Ltd. in London und die Schweizerkabelwerke Julius Friedländer G. m. b. H. ihren Umsatz erhöhen, während die Maschinenfabrik Cyllon m. b. H. unter dem Druck auf dem Automobilmarkt zu stehen hatte. — Wieder 9 Prozent Dividende verteilen die Kupferwerke Deutschland, A.-G. in Berlin-Oberschöndeweide. Eine geplante Kapitalerhöhung soll vorläufig nicht durchgeführt werden, da durch ein Abkommen mit den Großaktionären, zu denen die A.-G. und die Felten-Guilleaume-Karlswerke gehören, der nötige Kredit beschafft würde. Die Generalversammlung der Kabelwerke Wilhelmminenberg, A.-G. in Berlin, die der gleichen Vereinigung angehört, beschloß die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent (wie im Vorjahre) und die der Land- und Seekabelwerke, A.-G. in Rhippe, die ebenfalls zu der Gruppe gehören, von 11 (im Vorjahre 10) Prozent. Wieder 7 Prozent Dividende zahlt für 1913 die

Aktiengesellschaft Hebernheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke in Frankfurt und Mannheim.

Dividendenlos bleibt wieder die Aktiengesellschaft Weser, Schiffswerft in Bremen, nachdem sie für die beiden letzten Vorjahre Dividenden von 4 Prozent verteilte. Der Reingewinn von 57 313 M. gegen 509 540 M. im Vorjahre wird auf neue Rechnung vorgelegt. „Die Gründe hierfür liegen“, so führt die Verwaltung in ihrem Geschäftsbericht aus, „neben dem Umstande, daß die in der ersten Hälfte des verfloßenen Jahres abgelieferten Schiffe noch aus Zeiten ungünstiger Preisgestaltung im Schiffbau stammten, darin, daß der große Werftarbeiterstreik im Jahre 1913 unsern Betrieb längere Zeit stillgelegt hat; dann aber auch darin, daß durch die Versuche im Dieselmotorenbau erhebliche Kosten und Aufwendungen entstanden sind. In unserm letzten Geschäftsbericht hatten wir ausgeführt, daß wir für ein Frachtschiff der Hamburg-Amerika-Linie die Dieselmotoren, System Junkers, auf dem Prüsselb erproben, und daß die Erprobungen hoffentlich in wenigen Monaten erfolgreich beendet sein würden. Leider haben die Arbeiten für dies Objekt uns eine hebre Enttäuschung gebracht und mehr Geld, Zeit und Arbeit gekostet, als wir voraussehen zu können, eine Erfahrung, die auch andere Werften bei Aufnahme des Dieselmotorenbau gemacht haben. Trotz einiger mit leidlichem Erfolge erledigter Probefahrten haben wir uns gemäß Vertrag mit der Auftraggeberin entschlossen, unter ihrer finanziellen Beteiligung in das Schiff eine Maschin- und Kesselanlage einzubauen. Ungemessene Rückschlüsse sind in der Bilanz vorgenommen.“ Infolge der stark rückläufigen Seefrachten sind neue Aufträge, bemerkt die Verwaltung zum Schluß, in letzter Zeit spärlich eingelaufen. Da die Gesellschaft aber durch frühere Aufträge bis in das Jahr 1915 hinein beschäftigt ist, glaubt sie für das laufende Geschäftsjahr ein besseres Ergebnis als für das vergangene in Aussicht stellen zu können, vorausgesetzt, daß störende Zwischenfälle ausbleiben. — Eine neue Schiffswerft der Dresdener Maschinenfabrik und Schiffswerft Uebigau wird in Regensburg errichtet. Das neue Unternehmen hat bereits vom hayerischen Lloyd einen Auftrag für drei Dampfer und verschiedene Warenboote erhalten.

Über die Aussichten der Eisenindustrie und der Metallarbeiterorganisation.

IV.

Ohne Arbeiterbewegung ein industrielles Chinesentum! — Ein Syndikat der Syndikate?

In der Eroberung neuer Absatzgebiete wird der im Vorteil sein, für den die Güte seiner Ware wirkt. Siegenende Waren rufen den Kunden und halten ihn treu. Mit billigem Schund ist Ehre nicht einzuführen; damit ist der Käufer betrogen und dem Erzeuger nicht genützt. Ihn herzustellen, muß Willern oder Leuten überlassen bleiben, die zu besserem nicht fähig sind. Der deutsche Verkäufer könnte noch zehnmal tüchtiger sein, er hätte sich nicht die gehäufte Stellung in der Welt zu erringen vermocht ohne die Gebiegenheit seiner Artikel.

Die Bedeutung der guten Ware, deren Herstellung berufliches Geschick, lange Erfahrung und vollkommene Arbeitsverfahren voraussetzt, wird mit der Verfeinerung unserer Kultur nach zunehmen. Das Land, das die beste Technik und geschulteste Arbeiterkraft besitzt, hat die meiste Aussicht, zur Deckung des Weltbedarfes an guter Ware beizutragen zu werden; die anderen werden sich mit minderen Bestellungen begnügen müssen. Das eine wird die gut zu Buch schlagen, die anderen mehr die zu Gewicht schlagenen Aufträge ausführen; jenes wird mehr Fabriken aller Art, mehr Techniker und Arbeiter beschäftigen als diese.

Ein allzu großes Wagnis wäre es nach alledem nun nicht, zu sagen, weicher von den großen Eisenstaaten zum ersten Weltbesten am besten vorbestimmt scheint, allein es wird doch klüger sein, die Verantwortung dieser Frage den nächsten Jahrzehnten zu überlassen. Immerhin kann man, ohne eine Verächtigung von der Weltlichkeit beizuhängen zu müssen, sagen, daß auf absehbare Zeit Amerika und Deutschland der Vordenanteil des steigenden Bedarfs an Eisen zugute kommen wird; der Rest wird sich auf die anderen Länder entsprechend ihrer technischen Leistungsfähigkeit und ihrem kaufmännischen Geschick verteilen. Das würde also heißen, daß sich die Eisenindustrie auch weiterhin, vor allem aber in Deutschland und Amerika, ausbreitet; in dem ersten stärker und stärker als im zweiten, da ja die amerikanischen Stahlwerke schon weit größer sind als es das Nordbesten ersehnt. Es würde in Deutschland am besten die Zahl der Hochöfen, Fabriken und Arbeiter wachsen, würde sich die deutsche Metallarbeiterorganisation am ehesten neuen, größeren Aufgaben gegenüber sehen. Diese Wahrscheinlichkeit verlangt ernste Würdigung.

Im Schatten der Hochöfen und Fabrikhüte gehen vorzüglich die Eisenvermögen und die hier noch mehr Gewinn, aber auch der Haß gegen die Arbeiterorganisation; geigen Millionen und Reaktionsäre, die Stimmlinge und Kühnführer, die Carnegie und Schwabs. Mit der Aussicht auf fetteren Gewinn wächst erfahrungsgemäß die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, wie ihre Lust nach Anebelung der Arbeiterklasse. Die Zunahme der Kapitalmacht bedeutet erhöhtere Möglichkeit, arbeitsetztliche Reigungen zu verwirklichen. Es entstehen nun allerdings mit dieser Möglichkeit auch Hindernisse für sie. Denn Zunahme der Kapitalmacht heißt zum Zeit Vermehrung der Anhängere, also zahlreicher Arbeiterkraft mit jähren Generalstreiks voraus, das sind mehr Gegner der kapitalistischen Rücksichtslosigkeit. Dem Druck von oben erwidert Widerstand von unten. Daß sich zukünftig die größten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit in der Metallindustrie (und dem damit verknüpften Bergbau) abspielen werden, entspricht dem Gange der wirtschaftlichen

Dinge. Die Metallindustrie hat sich beispiellos schnell ausgedehnt, in ihrer zahlenmäßigen, finanziellen und weltwirtschaftlichen Bedeutung ist sie anderen Industrien weit vorausgeeilt, und noch gewaltigeres Wachstum verspricht die Zukunft. Nun ist schnelles Wachstum gewiß noch keine Konfliktsursache. Aber die Herrscher im Reich des Eisens und der Kohle sind von einer Arbeiter-Feindschaft erfüllt, die sich suchen läßt. Die Eisennagelindustriellen sind unter den Verfechtern des Hausjünglings die besessenen; im Rate der Arbeiterfreunde sprechen sie das erste Wort; Eisennagelindustrieller und Arbeiterfeind sind ein Begriff geworden.

Man könnte es unglaublich nennen, sprächen die Tatsachen nicht zu bestimmen: die Metallindustriellen verfolgen, unterdrücken gerade die, von denen ihre Millionen erarbeitet werden. Sie verlangen von dem armen Leibe des Arbeiter, daß er ihren Vorteil gut wahrnehme, ungelieblich sei, sie, die millionenschweren Unternehmer aber bescheiden die Löhne, wo sie nur können, mißachten des Arbeiters bescheidenste Wünsche, zeigen sich fähig im kleinen und Kleinsten, sind der vergrößerten Einnahme. Der Unternehmer fordert vom Arbeiter, daß er dienstfähig, zuvorkommend, höflich sei, sich wie ein vollendeter Gentleman zeige, der Unternehmer jedoch hat für den Arbeiter nicht viel anderes übrig als Mißgunst, Schimpf und Drohungen mit der Hungerpest, benimmt sich wie ein vollendeter Quackzucker. Der Fabrikant erwartet vom Arbeiter, daß er tüchtig sei, mit allen Kräften früh und spät schanze, wenn Aufträge zu erledigen sind, sich danach auf die Straße setzen lasse und sich für seine Wünsche fernerhin bereit halte, er verdammt aber die Gewerkschaft, die den Arbeiter schützt, dafür strebt, daß er in der Zeit der Arbeitslosigkeit nicht verkomme. Der Industrielle benötigt eine zahlreich laufende Kundschaft, wendet sich aber mit aller Wut gegen die Bewegung, die das Einkommen der Volksmasse, also ihre Kaufkraft zu erhöhen trachtet.

Die Höhe unseres Wirtschaftslebens fällt mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung zusammen. Wenn sich unsere Eisenindustrie in einigen Jahrzehnten so prächtig emporarbeiten konnte, so ist das in wieviel Maße der Arbeiterbewegung zu verdanken, der Gewerkschaft mit ihrem Streben nach Erhöhung der Löhne, nach Erfüllung ihrer Angehörigen; der Gewerkschaft mit ihren Tarifverträgen, mit ihrer Arbeitslosenunterstützung, mit ihrer stützenden Kraft und ihren mühseligen Zielen. Ohne die Arbeiterbewegung wäre der glänzende Aufstieg unseres Wirtschaftslebens unmöglich. Wer daran zweifelt, der mußte die Länder mit unbedeutender oder gar keiner Arbeiterbewegung; der vergleiche die Ordnung in ihren Betrieben, ihre Erzeugnisse, ihre Stellung auf dem Weltmarkt; der ermesse die Riesensummen, die jährlich in ihrem Wohlstande verloren gehen durch Verschwendung von Rohstoffen sowie gleichgültiger Behandlung von Maschinen und Werkzeugen; der betrachte die geistige Beschaffenheit ihrer Arbeiterklasse, ihre Leistungsfähigkeit, ihre Eingabe an den Beruf, ihre Hoffnungsfähigkeit und nicht zuletzt ihre Kaufkraft.

Ohne die Arbeiterbewegung wären wir ein armes Volk, unsere Arbeiterklasse eine industriell-chinesische ohne Schaffenskraft, ohne Lebensfreude, ohne Hoffnung. Ein Volk ohne Schaffenskraft, ohne Lebensfreude, ohne Hoffnungen aber hat im Rate der Kulturmenschen keine Stimme.

Von den Metallindustriellen erwarten, daß sie diese Tatsachen würdigen, die Arbeiterbewegung entsprechend bewerten, wäre zu viel verlangt. Der Versuch an ihre Einstimmigkeit ist vergeblich. Sie erkennen nur die Macht, die brutale Macht, Hoffnungen auf ihren Berechtigungen sind zwecklos; nur der Kampf entscheidet. Bereiten wir uns deshalb auf den Kampf vor, auf ausgebreitete internationale Kämpfe!

Internationalere Kämpfe! Ganz richtig. Denn ein Syndikat der Syndikate der Eisenstaaten liegt im Bereich der Wahrscheinlichkeit.

In dem Zeitpunkt um die neuen Absatzgebiete, Kanada und Kongoleen, wobei alle Industriestaaten mitleiden werden, wird gegenwärtige Rücksichtnahme keinen Teil haben. Die Schiebungen des benachteiligten Handels sind der sechs Mächte gegen den chinesischen Freihaushalt zeigen zur Gemüte, welcher Wertigkeit kongoleenlischer Kapitalisten fähig sind. Der Erfolg des einzelnen Wettbewerbers wird von seiner Leistungsfähigkeit, kann besonders auch von seinem wirtschaftlichen Geschick, von der Organisation des Verkaufs abhängen. Hierin ist die deutsche Eisenindustrie den anderen überlegen, denn sie besitzt in ihren Syndikaten eine wirksame Verkaufsorganisation, die von ausländischen Herstellern als nachahmenswert gepriesen wird. Die englische und amerikanische Eisenindustrie werden sich ohne Zweifel eine gleichwertige Organisation schaffen, müssen sie nicht wollen, daß der Warenanteil

der Geschäfte dem deutschen Gegner zufällt. Hier, wo unergleichlich Großes auf dem Spiel steht, müssen die Einzelwünsche hinter dem Gesamtwohl zurücktreten. Die Verkaufsorganisation aber würde die zwei angeführten Eisenindustrien der deutschen ziemlich ebenbürtig machen. Ein Kampf zwischen ebenbürtigen Gegnern bringt allen Verlust, keinem Vorteil.

Mit der Aussprache dieses Erfahrungssatzes ist schon der Gedanke geboren: Warum sich gegenseitig aufreiben? Warum nicht die Beute friedlich/schlechtlich verteilen? Sie ist doch groß genug, alle satt werden zu lassen! Warum nicht eine Vereinigung der Syndikate Amerikas und Deutschlands, oder gar der drei großen Eisenstaaten?

Von diesen Erwägungen bis zur Vereinigung zur Verteilung der Beute, zur Schaffung sogenannter „Interessensphären“ und „Festigung der Preise“ ist nicht weit, ist nur ein Schritt, der sicher getan werden wird, vielleicht viel eher als man denken. Ansätze dazu sind schon vorhanden, Versuche hat man schon gemacht, von denen britische Kundige allerdings behaupten, John Bull habe dabei nun nicht gerade gut, der deutsche Michel aber um so besser abgefunden.

Die Vorteile einer solchen internationalen Vereinigung brauchen wir hier nicht ausdrücklich zu betonen. Zur Regelung des Absatzes und Unterbindung der Preisdrückerei wird sie gegründet, und für die „einheitliche Regelung der Arbeitslöhne“ wird sie ständig benutzt werden. Den Kunden wird der Geldbeutel, den Arbeitern die Lohnkassette gestiftet werden. In einem wie im anderen sind die Metallindustriellen aller Länder eines Sinnes; und daß dazu bei ihnen Luft im Ueberfluß vorhanden ist, weiß alle Welt. Ob nun dieses Syndikat der Syndikate schon morgen oder erst übermorgen kommt, gut ist es jedenfalls, sich heute schon damit vertraut zu machen. Ein Nebel erwarten, heißt ihm seine Schreden nehmen. —

Um es kurz zu wiederholen: Die Eisenindustrie wird sich in aller nächster Zeit wieder allgemein und stark ausbreiten. Das heißt für die Metallarbeiterorganisationen aller Länder eine neue, prächtige Zukunftsmöglichkeit. Ihre zahlenmäßige und weltwirtschaftliche Bedeutung wird der der anderen Berufsvereinigungen noch mehr vorauseilen. Der Streit um die neuen Absatzgebiete, das Streben nach guten Preisen, festeren Gewinnen wird wahrscheinlich zu einem Zusammenstoß der Syndikate der Eisen- oder Metallindustriellen der großen Eisenstaaten führen. Mit dieser Weltumspannenden, kapitalistischen, mit dieser arbeitervindlichen Macht werden alle Metallarbeiterverbände zu rechnen haben, in erster Linie die deutschen. Die Metallarbeiterorganisationen werden zu zentralisiertem Vergleich zu den anderen Gewerkschaften eine immer bedeutendere Rolle im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit, im Befreiungskampfe des Proletariats überhaupt zu spielen haben. Wie der Mensch, so wird auch die Organisation mit ihren höheren Zwecken wachsen, sie wird zunehmen müssen an Hoff-, Kampfesmut und Erfolg. Erste Pflicht und erheben, ruhmvollere Ausfahrten zugleich!

Der alles aber, ihr Kleinmütigen, schweig! Sammet nicht immer gleich, wenn einmal ein paar Mitglieder weniger in der Riste stehen; ängstigt euch nicht so sehr, wenn einmal eure Erwartungen nicht in Erfüllung gehen; seht nicht gleich auf die Tagesordnung: „Die Grenzen der Gewerkschaftsmacht“, wenn die Erweiterung dieses oder jenes Zieles durch wirtschaftliche Regenzeit verhindert, aufgeschoben wurde. Ein guter Teil unserer Ausführungen wird immer zukunftsbar sein, ist Euer und Meiner auf einem Boden, der erst nach längerer Zeit die Ernte liefert.

Wir haben zu Kleinmütigkeit auch nicht die geringste Ursache. Der kommende Tag bringt uns bedeutendere Aussichten als der vergangene, herbeiführt freilich auch ausgetretene Kämpfe. Diese aber heißen Hoffnungslosigkeit und Siegesgewißheit. Darum schweig, ihr Kleinmütigen! Seht und vertraut auf die Hoffnungsreichen, Siegesbewußten, denn sie sind dem Erfolg um die Häufte näher.

Dann noch ein: Unsere Tagesarbeit muß mehr von dem Gedanken an die Zukunft mit ihren größeren Aufgaben bestimmt sein. Die Politik einer Organisation, die von jedem Tag der wirtschaftlichen Entwicklung neue Pflichten, umfassendere Aufgaben zugewiesen erhält, muß einen hohen Flug nehmen. Ihre Politik wie ihre Einrichtungen müssen mehr mit dem Maßstab der Weisheit, der Zukunft ausgewiesen werden, denn die Eile der Gegenwart wäre für sie die der Kurzzeitigkeit. Den Gewinn für das, was man am Vorontag für Barbearbeit auswirft, soll man nicht schon am Nachmittag nachprüfen wollen. Ohnmacht unsere, in der Schwereisenindustrie gemachten Geldeanlagen bislang verhältnißmäßig geringe gebracht haben, wäre es im höchsten Grade kurzfristig, dort unsere Anstrengungen nicht zu verdoppeln, denn von unserem Einfluß in den Gefilden der Hochöfen und Holzwerke werden in rasch steigendem Maße die Fortschritte in den anderen Berufs unserer Organisation abhängig werden.

Der zwei Jahrzehnte noch sah niemand die gewaltige Ausbreitung unserer Industrie und unserer Organisation voraus. Wie legen unsere Mitgliederlisten zu klein an, hauen unsere Verbandsdächer zu eng, machen die Türe und Treppen viel zu schmal. Und was ist die bisherige Ausbreitung unserer Industrie im Vergleich zu der, die ihr noch bevorsteht? Nichts, wir darum unsere Politik wie unsere Einrichtungen auf die Zukunft, auf den Zuwachs ein, den alle Anzeichen uns bescheren. Die Organisation der Metallarbeiter kann nicht weitläufig, nicht großzügig genug sein.

Unser Werk muß dauernder sein als wir, die es schaffen, wenn es vor dem Nichterstand der Geschichte bestehen können. Früh Nummer.

Wo sitzen die Terroristen?

Diese Frage wird in einem von unserer Leipziger Verwaltungsverhältnisse herausgegebenen Flugblatt wie folgt beantwortet: Während alle sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1913 einen Mitgliederverlust zu verzeichnen hatten, hat die nationale Betriebsvereinigung gewaltige, ungeahnte Erfolge zu verzeichnen. Der Mitgliederverlust der sozialdemokratischen Gewerkschaften würde ein noch bedeutenderer sein, wenn nicht ein großer Teil durch den von den Gewerkschaften ausgeübten Zwang verhindert würde, diesen den Rücken zu kehren. So schrieb vor einiger Wochen die bürgerliche Presse, wie ja das Geschrei über den Terrorismus der Gewerkschaftler zum eisernen Bestandteil der freiwilligen und ungewollten Unternehmenspresse gehört. Da ist es gut, einmal an einigen Beispielen zu zeigen, welchen Mitteln die Arbeiterbewegung ihre Erfolge verdankt, und den Terrorismusstreikern die Maske von ihrem heuchlerischen Gesichte zu reißen.

Die folgenden Fälle zeigen nicht nur in trasser Weise die Mittel, die angewendet werden, um die Betriebsvereinigung zu fördern, sie zeigen auch mit voller Deutlichkeit, wie die Unternehmenspresse als geeignetes Mittel dienen müssen, um mißliebige Arbeiter zu schüttern und zu erschrecken.

Die Firma Jäger, Rothe & Nachtigall in Leipzig-Eutritzsch wendet seit Jahren die erdenklichsten Mittel an, um ihre Arbeiter vollständig in den Wertverein zu bekommen. Sie schreibt auch nicht davor zurück, Arbeiter, die sie weigern, dem Drängen der Firma nachzugeben, rückwärts auf's Pflaster zu werfen. Nicht genug damit, sie versucht die widerpenflichen Arbeiter auch noch auf andere Weise zu strafen. Und als geeignetes Objekt, ihre Nachgegelfüste zu beschleiben, dient der selbst über die Mauern Leipzigs hinaus rühmlichst bekannte Arbeit nachweis der Metallindustriellen.

Der Metallarbeiter St. war längere Zeit bei obiger Firma beschäftigt, ohne aber dem Drängen des Unternehmers und seiner Beauftragten, die Farbe zu wechseln, Rechnung zu tragen. St. hatte nun das Unglück, krank zu werden. Als er wieder gesund war, meldete er sich wieder bei seinem Meister. Da wurde ihm der Bescheid erteilt, daß keine Arbeit für ihn da sei, nur wenn er Mitglied des Wertvereins würde, könnte er auf Wiederbeschäftigung rechnen.

Das lehnte St. ab, und darauf folgte seine endgültige Entlassung. Man stellte ihm ein Zeugnis aus, daß man mit seinen Leistungen zufrieden war und daß der Abgang freiwillig erfolgt sei. Das letztere stimmte zwar nicht, aber da das Zeugnis nicht ungenügend für ihn lautete, legte er dieser Unstimmigkeit weitere keine Bedeutung bei. Er bekam nun Arbeit bei der Firma Weidner. Als er auf die Arbeitsnachweisstelle kam, wurde ihm der Schein, der notwendig ist, um die Stelle antreten zu können, verweigert mit dem Bemerkten, die Stelle sei bereits besetzt, trotzdem festgestellt wurde, daß die Stelle am andern Tage noch nicht besetzt war. Die Stelle hat sich erledigt, das ist ja die im Arbeit nachweis übliche Formel. In Wirklichkeit liegt die Geschichte so, daß, wie neulich gerichtlich festgestellt wurde, der Arbeit nachweis führender die Firma über die Eigenschaften der Arbeit suchenden unterrichtet, besonders darüber, ob der Betreffende ein Hecker ist.

Es ist selbstverständlich, daß dann die Firma auf die Einstellung verzichtet. Schwarze Listen werden zwar nach der Behauptung des Vorsitzenden des Metallindustriellenverbandes nicht geführt. Das mag stimmen; desto mehr spielt aber dann die gelbe Strippe, das Telefon.

St. beschwerte sich nun beim Vorsitzenden des Metallindustriellenverbandes. Die Angelegenheit wurde untersucht und „aufgeklärt“. Die Sache sollte so liegen, daß zu derselben Zeit, wo St. von der Firma zum Arbeit nachweis unterwegs war, ein vom Arbeit nachweis Beauftragter zur Firma unterwegs war. Wie weit das zutrifft, haben wir ja weiter oben gekennzeichnet. Wie auf dem Rückweis der Metallindustriellen die Wahrheit umgebogen wird, um die dort üblichen Nachrichten zu verschleiern, werden wir weiter unten sehen. St. bekam nun Arbeit bei einer Firma, die nicht dem Verbands der Metallindustriellen angehört. Nach ungefähr halbjähriger Tätigkeit wurde ihm eine besser bezahlte Stelle bei einer Verbandsfirma angeboten. Im Vertrauen auf die Erklärung des Vorsitzenden des Metallindustriellenverbandes, daß es Maßregelung durch den Arbeit nachweis nicht mehr gibt, nahm er die Stelle an. Nun besteht auf

Was uns das Pendel lehrt.

Von Hans Bourquin (Charmolinsburg)

Bei etwa 60 Jahren war das Pendel zu Paris der Schandtag eines ganz eigenartigen physikalischen Versuchs, den man unter weniger günstigen Bedingungen zuvor in einem Keller und dann in einem Observatorium ausgeführt hatte. Hoch oben am Gewölbe war ein Federpendel befestigt, das unter einer schweren Last hing, die, nachdem sie einen Knick empfangen hatte, langsam über dem Boden hin und her schaukelte. Und dabei blieb sie über eine Weile, auf der man genau beobachten konnte, ob die Regel ihre Schwingungsbewegung beibehalten oder nicht.

Und schließlich geriet es den Anwesenden, als ob die Schwingung, in der das Federpendel schaukelte, langsam wechselte. Sie schienen sich wunder zu machen, was so denn die Federbewegung in ganz anderer Weise erwidert wurde, als wenn das Pendel nach der ersten Versuchsbefestigung gesehen war.

Es wuch aber der Physiker sehr wohl, daß ein Pendel keine Schwingungsbewegung beibehalten kann, und welche Veränderung selbst auch vorhanden gewesen sein, sie zu ändern? Die physikalische Deutung der Pendelbewegung konnte daher ihre Ursache in einer veränderlichen Drehung des Erdkörpers haben. Und auf eine solche mußte man den Versuch auch zurückführen können.

Dieser Gedanken glänzende Versuch, den man später vereinfachte, hat immer mit gutem Erfolg — beidesmalige im Jahre 1891 — wiederholt hat, wußte selbst die größte Zweifel an der Richtung der Schwingung zu heben. Und was das Pendel betrifft, ist dies ein Instrument, welches, was auf unserem Planeten lebt und weilt, nicht in Betracht der Erdrotation; hier zeigte sich ein Körper, der ununterbrochen eine Kreisbewegung vollführt, wobei er der Erde gegenüber immer ein und das selbe Bild darstellt.

Bald darauf wurde es für weiteres dieser Versuch an den Polen gemacht — wenn er dort ausführbar wäre. Denn dort müßte sich das Pendel — natürlich nur scheinbar — in 24 Stunden gerade einmal um einen vollen Kreis drehen, wenn anders der Versuch richtig verliefte. Dagegen müßte er unter dem Äquator völlig nutzlos sein. Denn da dort, wo das Pendel seinen inneren Mittelpunkt hat, verläuft die Erdrotation parallel der Äquator Ebene, also parallel der Pendelschwingungsebene. Dieser Versuch war natürlich nie ausgeführt, während er an den Polen den Wert eines

Stunden im Anspruch, während sie in Sommerzeit nur reichlich 25 Stunden dauert.

Mit derselben Beharrlichkeit, mit der das Pendel die ursprüngliche Schwingungsebene beibehält, hält es aber auch an seiner Schwingungsdauer fest. Führt es beispielsweise gegenwärtig in einer Minute gerade 100 Schwingungen aus, so wird es diese Zahl auch für jede folgende Minute beibehalten. Mit Recht hat man diese wichtige Eigenschaft in den Planeten der Zeitmessung genutzt. Allerdings ist die Pendelbewegung, deren keine Zahlenfolge der Hieb der Zeit in lauter gleiche Schwingungen aufweisen und ihn eben dadurch meßbar machen, eine Schwingung des Sinnes — so selbstverständlich aus ihre Konstruktion, so heute erdgeboren mag. Ist ihre Erfindung Galilei oder Huyghens zuzuschreiben? Jedenfalls bezeugen wir einen Brief Galileis aus dem Jahre 1639, der an einen gewissen Lorenz Real gerichtet ist, in dem Galilei darlegt, wie das Pendel zur Zeitmessung gebraucht werden könne. Und kurz darauf hat der unglückliche Gelehrte, der in letzterem ganz erwidert war, seinen Sohn die Bauart einer Pendeluhr beschrieben. Dann erhielt aber 1657 Huyghens von den Generalstaaten ein Patent auf ein Pendelwerk, die er selbstständig erfunden haben konnte. Der ist nun eigentlich der Erfinder?

Aber auch die beste Pendeluhr kann unzuverlässig werden, wenn man sie an eine Stelle der Erde versetzt, die unter anderer geographischer Breite liegt. Diese Erfahrung hat schon Richter im Jahre 1672 gemacht. Dieser reiste nämlich mit einer Pendeluhr, die in Paris genau reguliert worden war, nach Cayenne, das etwa 5 Grad vom Äquator entfernt liegt. Hier fand er aber, daß seine sonst so zuverlässige Uhr täglich um 148 Sekunden nachging. Am verblühte er das Pendel selbst, bis die Uhr in Cayenne richtig zeigte. Er dann aber nach Paris zurückgebracht war, zeigte sich natürlich der ungeheure Fehler ein: dort ging die Uhr um 148 Sekunden vor.

Mit Recht sind derartige Beobachtungen benutzt worden, um einen Schluß auf die Anziehung der Erde am Äquator zu gewinnen. Freilich bedarf es hier sorgfältiger Rechnung! Denn es darf nicht übersehen werden, daß die Schwerkraft, die am Äquator herrscht, der Schwerkraft entgegengerichtet und die Körper leichter macht. So kippen die Versuchsbereiter der Pendelversuchsbereiter nicht an die Abweichung von der Zeitmessung nieder, sondern sie enthalten sich eines garigen Ausbruchs dafür, daß die Erdbewegung die Körper weniger fast angezogen erscheinen läßt. Dieser Umstand muß eben besonders sorgfältig beachtet werden, und es darf natürlich nur die Schwerkraft der Erdbewegung gegenübergestellt werden, die gleichmäßig, wenn sich die Schwerkraft nicht einwirkte. Das Äquatorpendel würde ohne letztere eines schneller schwingen, als

Die dabei zugrunde liegende Betrachtung ist ja sehr einfach. Wir haben uns nämlich die gesamte Anziehung, die unser Erdkörper auf die Gegenstände an seiner Oberfläche ausübt, in seinem Mittelpunkt vereinigt zu denken. Schwingt nun ein Pendel an irgend einer Stelle weniger oft in der Minute als anderswo, so muß zunächst geschlossen werden, daß eine geringere Anziehungskraft wirksam ist. Und dies kann seine Ursache nur darin haben, daß man sich weiter vom Erdmittelpunkt entfernt befindet, wobei die anziehende Kraft natürlich geringer ist.

So weiß uns das Pendel nach, wie unsere Erde gestaltet ist. Sie ist keine Kugel, sondern ein „Sphäroid“, und man hat sie auch als „Geoid“ bezeichnet. Das ist allerdings eine Ungeheuer, die ebenso lächerlich und treffend ist, als wenn man von einem Hech behauptet, daß es „reihbraun“ aussehe. Der Unterchied beider Erdbeschreibung beträgt übrigens nicht mehr als einige 40 Kilometer, und darum hat das „Schwundpendel“ doch überall eine wenigstens annähernd gleiche Länge. Am Äquator muß es 991, am Pol 996 und in Berlin 994,3 Millimeter lang sein. Es hat also rund die Länge eines Meeters — wobei es natürlich als rein zufällig anzusehen ist, daß hier die Zehneinheit gewissermaßen durch die Raumerinheit zum Ausdruck gebracht wird.

Bringt man in eine Vollkugel ein, so wird die Anziehung immer geringer werden. Denn es wirkt nur die Masse anziehend, auf deren Anziehungslinie man sich befindet. Alle außen gelegene Materie kommt nicht mehr in Betracht, weil sie die Wirkungen ihrer Teilchen gegenseitig aufheben. Allerdings steigt die Anziehung mit der Annäherung an den Punkt, wo ihr Sitz zu denken ist; aber dies macht doch jene Abnahme nicht weit. Danach müßte ein Pendel in einem kleinen Schwach langsam schwingen als an der Erdoberfläche. Die Erfahrung weist aber gerade das Gegenteil auf. Und was schließen wir aus dieser Zunahme der Schwingungsdauer? Das offenbar der Erdkörper auch innen an Dichtigkeit — an Masse — zunimmt. Darum man zwei Metallkugeln, die je ein Gramm wiegen, so nebeneinander an, daß ihre Mittelpunkte einen Zentimeter voneinander entfernt sind, so ziehen sie sich mit einer ganz bestimmten Kraft an, die der Physik als „Gravitationskonstante“ bezeichnet, und deren Ermittlung für alle Massenbeziehungsbeziehungen wichtig ist. Auch diese Größe hat man mit Hilfe des Pendels ermittelt. Allerdings wurde dabei ein sogenanntes Fortsondenpendel benutzt, das in einer wogereichten Ebene schwingt. Man denke sich an den beiden Enden eines leichten Stabes zwei kleine, genau abgemessene Kugeln befestigt, um man lasse diesen Stab horizontal an einem langen, festen Metalldraht hängen, der in der Stabmitte befestigt ist. Sodann ein Pendel wird natürlich eine bestimmte Ruhelage aufsuchen

dem Nachweis die Geflogenheit, daß Arbeiter, die durch Umschauen Arbeit erhalten, also von der Firma direkt eingestellt werden, eie in Tag arbeiten müssen, ehe sie einen Schein bekommen. Diese Zeit wird erheblich zur Nachprüfung der Papiere gebraucht. In Wirklichkeit hat diese Maßnahme einen ganz anderen Zweck, der nicht schwer zu erkennen ist. St. wurde also von der Firma K. Schmidt eingestellt, und da die Firma den Mann notwendig brauchte, wurde ihm gesagt: „Sie brauchen nicht erst zu warten bis den andern Tag, sondern Sie können Sie ruhig an und holen Sie sich morgen den Schein.“ Der Arbeiter arbeitete also bei der Firma; um so größer war seine Verwunderung, als er auf den Nachweis kam und ihm gesagt wurde, die Stelle sei anderweitig besetzt! Hier hatten sich die Schlauberger auf dem Nachweise in der eigenen Schlinge gefangen, die Formel verlagte. Der Arbeiter ging nun zur Firma zurück, und dort wurde er nun gar nicht mehr in den Betrieb hineingelassen. Er konnte nur so viel in Erfahrung bringen, daß ihm deshalb der Schein verweigert wurde, weil er bei einer früheren Firma nicht ordnungsgemäß abgegeben sei. Alles Protestieren half nichts, er war auch diese Stelle wieder los.

Was nun? Neue Beschwerde beim Vorsitzenden des Metallindustriellenverbandes. St. ging nun zum Vorsitzenden des Metallindustriellenverbandes und schilderte den Fall, wie er sich uergetragen. Es spielte sich nun folgender Vorgang ab: St.: Von der Firma K. Schmidt wurde mir gesagt, jedenfalls beläme ich bescheid keinen Schein, weil ich bei der Firma Jäger, Kothke & Nachtigall nicht ordnungsgemäß abgegeben bin. Müller: Das kann schon stimmen. St.: Über das Zeugnis beweist doch das Gegenteil. Müller: Belegen Sie das Zeugnis her. (St. händigt ihm das Zeugnis aus.) Müller: Sie sagten mir doch, daß Sie entlassen worden seien, weil Sie nicht dem Werkverein beigetreten sind, und hier steht, daß Sie freiwillig aufgehört haben, warum haben Sie mir die Unwahrheit gesagt? St.: Das Zeugnis stimmt nicht, ich bin tatsächlich entlassen worden. Müller: Dann bürsten Sie das Zeugnis nicht annehmen. St.: Ich kann doch nicht verlangen, daß mir ins Zeugnis geschrieben wird, daß ich entlassen worden bin, weil ich nicht geit werden wollte, dann wäre ich ja noch viel mehr gebrandmarkt, wie ich ohnehin schon durch den Nachweis gebrandmarkt bin. — Darauf sprang Herr Müller auf, holte zum Schläge aus und sagte: Ich werde Ihnen eine runterhauen, Sie trauriger Friede, mit solchem armfeligen Padd machen wir kurzen Prozeß. St. stand auf und sagte: Ueberlegen Sie sich, Herr Müller, was Sie machen wollen. Müller: Ich pade Sie an und ich meibe Sie hinaus. St.: Dazu gehe ich Ihnen keine Veranlassung, ich gehe von alleine. An der Lürre fragte St. noch, ob er frech oder unanständig gewesen sei, weil er (Müller) sich so aufrege. Müller: Das ist doch frech, wenn ich sage, es werden keine schwarzen Listen geführt, und Sie behaupten, es werden doch welche geführt. Ich hätte Ihnen geholfen, aber nun nicht, ich werde es Ihnen schon anstreichen.

St. steht also ohne weiteres fest, daß ein Arbeiter, weil er sich weigerte, dem Werkverein beizutreten, in der empörendsten Weise terrorisiert wurde. Es wird ihm in Leipzig jede Erstensmöglichkeit genommen oder doch aufs äußerste beschränkt. Man vergegenwärtige sich einmal den Fall im umgekehrten Sinne: der Vorsitzende einer Gewerkschaft würde gegen einen Unorganisierten oder gar ein Werkvereinsmitglied so verfahren, wie hier der Vorsitzende einer Unternehmerrorganisation gegen einen organisierten Arbeiter. Der § 153 der Gewerbeordnung würde im schönsten Glanze erstrahlen. Und hier?

Gären wir weiter. Der Arbeiter ließ durch einen Rechtsanwält Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstatten. eines Tages bekam er nun eine Vorladung vor die Kriminalpolizei. Die Vorladung wurde ihm abends um 6 Uhr zugestellt und lautete für den folgenden Tag 1/9 Uhr. Dort wurde nun die Sache „geklärt“. Der Kriminalpolizist teilte ihm mit, daß er bei Müller in der Wohnung gewesen sei, daß dieser auf ihn den Eindruck eines ruhigen, gelehten Mannes gemacht habe und daß er ihm nicht hätte zutruwe, daß er sich zu so etwas hinsetzen lasse. Schließlich gelang es dem geuelegten Kriminalisten, von dem Arbeiter die Erklärung zu erlangen, daß er nicht den Eindruck gehabt habe, als wolle ihn Herr Müller zum Eintritt in den Werkverein veranlassen. Der Staatsanwalt lehnte die Erhebung der Anklage wegen Mangel an genügenden Beweisen ab. Die Staatsanwaltschaft ist die objektivste Behörde der Welt!

Wenn es sich um Arbeiter handelt, wendet man diese Voricht nicht an. Kommt doch die Leipziger Volkszeitung vor kurzem über zwei Fälle berichtet, die besonders charakteristisch sind. Ein Arbeiter war angeklagt, weil er zu einem Unorganisierten gesagt haben sollte, wenn er nicht dem Verbande beitrete, dann würde er links liegen gelassen. Bei Gericht mußte der Zeuge aber selbst zugeben, daß es der Angeklagte nicht war. Man hatte in der Eile den Fall nicht ermittelt. Nun ging man auf die Suche nach dem Richtigen, aber auch dieser mußte freigesprochen werden, weil vor Gericht festgestellt wurde, daß der Zeuge bereits jahrelang in Krankenheilanstalten war und nach den Aussagen des behandelnden Arztes ein hochgradiger Neutrophiker sei, der alles auf sich beziehen mißverstehe und bestrebt ist, das eigene Sch in

und zunächst beibehalten. Denkt man es etwas daraus ab, so dreht sich der Metalldruck ein wenig zusammen und entfaltet dabei einen Gegenstoß. Diese wird aber nicht nur dahin twiden, den Stab in die Anschlaglage zurückzuführen, sondern er wird vielmehr vorläufig über jene Hubelage hinausgehen, worauf eine regelmäßige Pendelbewegung einsetzt. Hier stellt nun der Physiker zunächst Untersuchungen an, die ihm Nachrich über die „Lorionskraft“ des Apparates gibt.

Dann werden weiter zwei große, ebenfalls genau abgewogene Metallkugeln neben die kleineren Kugeln gebracht, die inzwischen wieder zur Ruhe gekommen sind. Bekanntlich ziehen sich aber immer zwei Massen an. Zweckmäßige Anordnung der großen Kugeln vorausgesetzt, wird daher das Pendel wieder etwas aus seiner Hubelage abgelenkt werden, und zwar so weit, bis sich die Anziehungskraft und die Lorionskraft die Wage halten. Und sofern diese Lorionskraft ermittelt ist, wird eben auch die Anziehungskraft bekannt.

Wir haben hier sozusagen kleine Welten vor uns. Sind nicht die großen Kugeln Sonnen, von denen jede einen Planeten heranzieht? Nur genießen wir dabei den Vorteil, daß uns die Gewichte dieser winzigen Gestirne bekannt sind. Daher wird es uns möglich, die Macht der anziehenden Kräfte zwischen bestimmten Massen zu eripshen. Und es ist dann auch leicht zu ermitteln, wie stark sich unsere Gravitationskugeln anziehen würden, die wir einen Zentimeter weit voneinander gestellt hätten.

So läßt sich also jene Gravitationskonstante finden. Und noch mehr! Unter Beachtung der Fallbeschleunigung kann man mit Hilfe des Lorionspendels sogar die Masse unserer Erde feststellen. Nach Dresseß beträgt sie 5 Quadrillionen und 987 047 Trillionen Kilogramm.

Daraus errechnet sich dann weiter das spezifische Gewicht der Erde — wenn man ihre Größe in Betracht zieht. Und dies führt wieder zu Schlüssen über die Stoffe, die der Kern unseres Planeten enthalten mag.

Ja, das Pendel greift mit seinen Weisungen sogar in den Weltbaum hinaus. Wenn beispielsweise Erde und Jupiter einander anziehen, so hängt die Größe dieser Kraft von der Entfernung beider, sowie von der Masse der Erde und der des Jupiters ab. Ermittelt man nun auf irgend eine Weise die Anziehung, und sind Entfernung und Erdmasse bekannt, so läßt sich eine einfache Gleichung aufstellen, in der nur noch die Jupitermasse unbekannt ist, aus der sie also bestimmt wird.

Wer sollte dem schlichten Pendel zutrauen, daß es uns soviel lehren kann?

ben Vorbergruub zu ziehen. In diesen beiden Fällen zielt es die Staatsanwaltschaft für gewis, in öffentlichen Interesse Anklage zu erheben. Ja, wenn es sich um Arbeiter handelt, Bauer, das ist etwas anderes!

Die Angelegenheit des St. ist natürlich noch nicht erledigt; zunächst wird sich die Beschwerdeinstanz mit der Entscheidung der Staatsanwaltschaft zu beschäftigen haben. Noch charakteristischer aber ist der folgende Fall: Der Arbeiter W. war in den Ulla werken in Stötteritz beschäftigt. Früher Mitglied einer freien Gewerkschaft, ließ er sich durch Zureden verlassen, in den „nationalen“ Werkverein überzutreten. Die Firma war auch sonst mit seiner Tätigkeit sehr zufrieden, denn am Montag hatte ihm die Firma noch eine Lohnzulage von zwei Pfennig gewährt. W. hatte aber die Freiheit und Nichtigkeit der Werkvereinsbewegung erkannt und am Freitag darauf durch eingeschriebenen Brief an den Arbeitsnachweisvorkseher des Metallindustriellenverbandes, Herrn Eckardt, der zugleich der Hauptmacher der „nationalen“ Werkvereinsbewegung ist, seinen Austritt erklärt. Am Freitag hatte er den Brief abgegeben, am Sonnabend abend hatte er schon seine Entlassung. Als Grund der Entlassung wurde eine kleine Verletzung angegeben, die wochenlang zurücklag. Daß diese Verletzung nicht der Grund zur Entlassung sein konnte, leuchtet wohl jedem ein. Der beste Beweis ist ja die nachträglich erfolgte Lohnzulage. W. ging nun in die Arbeitsnachweiskasse des Metallindustriellenverbandes, und als dort eine Anstreicherstelle ausgesprochen wurde, meldete er sich. Er wurde zunächst gefragt, ob er schon einmal bei der Firma Langen gearbeitet habe, und als er dies verneinte, verlangte der Arbeitsnachweiskassier die Papiere und schickte sich an, einen Schein auszustellen. Als er jedoch den Namen des Arbeiters las, zerrte er den bereits angefangenen Schein und erklärte, die Stelle sei bereits besetzt! Als am andern Tage die Stelle aber wieder ausgerufen wurde, fragte W. nachmals nach der Stelle; auch da wurde ihm derselbe Bescheid wie am Tage zuvor. W. ging nun direkt zur Firma Langen, fragte nach der Anstreicherstelle und wurde auch eingestellt. Er bekam nun von der Firma einen Schein und wurde damit auf den Nachweis geschickt; das war Sonnabend. Dort wurde ihm gesagt, er solle Montag nachmittag um 4 Uhr kommen. Er konnte aber trotzdem bei der Firma anfangen. Montag nachmittag begab er sich von der Arbeit weg nach dem Nachweis, um den Schein zu holen. Nun das selbe Spiel wie bei dem vorher angeführten Falle. Es hieß, die Stelle ist bereits besetzt. Der Arbeiter: Jawohl, die Stelle ist durch mich besetzt. Der Arbeiter bekam keinen Schein. Dienstag arbeitete er weiter und machte der Betriebsleitung von dem Sachverhalt Mitteilung. Der Betriebsleiter erklärte, er solle vorläufig weiterarbeiten, er werde sich erst telephonisch erkundigen. Nachmittags kam er und sagte, er solle aufhören, da er keinen Schein bekomme, dürfe die Firma ihn auch nicht weiterbeschäftigen. Er beläme überhaupt in den Betrieben des Verbandes keine Arbeit mehr. Auf die Frage: warum? sagte der Betriebsleiter, weil er den Werkverein geschädigt hätte. Er hätte während der Krankheit 24 K. Unterstützung bezogen und nur 10 M. an Beiträgen bezahlt. Der Arbeiter beauptet allerdings, daß er nur für eine Woche Krankenunterstützung in der Höhe von 9 M. bezogen habe, also 1 M. weniger, als er an Beiträgen bezahlt habe. Aber abgesehen davon. Selbst wenn das erstere zuträfe, läge der Fall nicht im mindesten milder.

Was der Arbeiter hat weiter nichts verbrochen, als von seinem Rechte Gebrauch gemacht, die ihm zustehenden Unterstützungsrichtungen in Anspruch zu nehmen. Will er das getan hat und weil er nachträglich ausgetreten ist, deswegen wird ihm die weitere Tätigkeit in den Betrieben des Metallindustriellenverbandes unterbunden. Nun, Herr Staatsanwalt, trifft auch hier der § 153 der Gewerbeordnung nicht zu? Der Fall zeigt aber auch, in welches Abhängigkeitsverhältnis sich die Arbeiter begeben, die sich von den Sirenenflängen der Werkvereinskapotte lädern lassen. Sie liefern sich auf Gnade und Ungnade den Söhlungen der Unternehmer aus und schmeiden sich mit eisernen Fesseln noch fester ins Unternehmerrjoch, als das ohnehin schon der Fall ist. Dieser eine Fall zeigt die gelbe Bewegung in ihrer ganzen Gemeingefährlichkeit. Sie zeigt, daß der Arbeiter, der eines Scheinbaren augenblicklichen Vorteils wegen sich dieser Bewegung anschließt, sein eigenster größter Feind ist. Gewiß werden die Unternehmer alle Mittel des Zwanges an, um die Reihen ihrer Prämienarmee zu stärken, aber wir verlangen von dem Arbeiter, daß er sich seiner Klassenlage bewusst wird, daß er so viel Charakterstärke aufbringt, um den Lodungen und Drohungen der gelben Söhlungen zu widerstehen.

Man wird sich aber auch dieser Fälle zu erinnern wissen, wenn man über Mißbrauch des Koalitionsrechtes durch die Arbeiter wektert, wenn man, wie gerade in der gegenwärtigen Zeit, bestrebt ist, dieses Recht noch zu schmälern.

Wer nach etwas anderes zeigen diese beiden Fälle mit erschreckender Deutlichkeit: die Gemeingefährlichkeit einheitlich geleiteter Unternehmerarbeitsnachweise. Sie zeigen, daß diese Einrichtungen weiter nichts sind als Kontrollstationen zur Schikanierung und Ausmerzung solcher Arbeiter, die sich aus irgend einem Grunde nichtliebig gemacht haben. Die Arbeitsvermittlung ist nur das Aushängeschild, der Deckmantel, unter dem der brutalste Terrorismus geübt wird. Hier sitzen die Terroristen, ein Pfahl im Fleische der Arbeiterschaft, ihre gemeingefährlichen und sittenwidrigen Handwerk unter dem Schutze der Gesetzgebung ausübend. Da es nicht mehr auf geradem Wege geht, greift man zur Lüge, man schwindelt den bereits von der Firma eingestellten Arbeiter vor, die Stelle sei bereits anderweitig besetzt. Der Jnweil heiligt die Mittel. Die Leipziger Unternehmer sind zwar zum großen Teil liberal und als solche Gegner der Jesuiten, aber die den Jesuiten nachgefolgten Grundsätze sind ihnen, wie Figuren zeigt, nicht fremd. Als wir im Jahre 1910 anlässlich des Kampfes gegen die Ausbützung des Metallindustriellenarbeitsnachweises in einer Broschüre die Zustände darlegten, die in dieser „Arbeitsvermittlungsstelle“ bestanden, war ein Teil der Unternehmer erstaunt, ja entsetzt über diese Zustände. Man war gewöhnt, den Arbeitern entgegenzukommen, aber selbstem sind drei Jahre vergangen, und heute treibt man das Regelschlaghandwerk toller denn je.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist seit Jahren bestrebt, diese Ausbützung zu bekämpfen und zu beseitigen. Der trägt die Schuld, daß dieser Kampf nicht vom vollen Erfolge gekrönt ist? Die Schuld tragen die Arbeiter, die gleichgültig und nadelnnd beiseite gehen und die Ausgestaltung des Kampfes allein den organisierten Arbeitern überlassen. Die Schuld tragen die, die sich bedören lassen und den „nationalen“ Werkvereinen beitreten. Dadurch ist den Scharmachern in der Industrie der Raum geschwollen, und pfeifens hat sich die Welt der Ausbeutung den Leipziger Metallarbeitern um die Ohren. Jetzt hält man die Zeit für günstig, unter dem Druce der Krise glaubt man mit dem Arbeiter alles machen zu dürfen. Aber es kommen auch wieder andere Zeiten, wo der Wert des Arbeiters und seiner Arbeitskraft höher im Preise steht.

Darum müßte die Zeit! Mittel die Varen und Sämmigen aufstarkt und ergänzt die Reihen der Organisation, nur mit ihr wird es möglich sein, die Macht und den Uebermut der industriellen Scharfmacher zu brechen.

Verichtigung.

In dem Artikel „Unsere Jahresabrechnung für 1913“ in Nr. 18 ist in Spalte 2, Absatz 1 vorletzte Zeile statt „der neuen Beurlaubung“ zu setzen: des neuen Beurlaubungs.

In der gleichen Spalte ist bei dem Absatz über die Jahresrechnung der Ortskassen in der zweiten Zeile nach „Ausgaben“ einzuschalten: für Unterstützungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der Vornahme der Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress.

In München bringen wir nachstehend diejenigen Bestimmungen des Wahlreglements zur allgemeinen Kenntnis der Mitglieder, die von den Rechten und Pflichten der Mitglieder als Wähler handeln.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

Jedes Verbandsmitglied, das nicht über die zulässige Zeit (§ 21 Abs. 1a des Statuts) mit seinen Beiträgen im Rückstand ist und das zu den Generalversammlungen des Verbandes gewählt werden kann (§ 55 Abs. 2 und § 7 Abs. 1 des Statuts), ist zur Generalversammlung als Delegierter wählbar.

Wählen kann ein Mitglied nur in der Verwaltungsstelle, in der es zurzeit in der Mitgliederliste eingetragen ist und sich durch das Mitgliedsbuch legitimiert; gewählt können jedoch auch solche werden, die einer anderen Verwaltungsstelle angehören.

Auf der Reise befindliche Mitglieder können an dem Verbandsort wählen, an dem sie sich am Wahltag befinden, jedoch ist hinter ihrem Namen in der Wählerliste der Vermerk „auf der Reise“ zu machen.

Art der Wahl. Stimmzettel.

Die Wahl ist eine geheime; sie erfolgt mittels Stimmzetteln, die den oder die Namen des oder der zu wählenden Delegierten enthalten. Zu diesem Zwecke erhält jedes wählende Mitglied einen weißen, mit dem Verbandsstempel versehenen Stimmzettel, auf den es so viel Namen aus der Vorschlagsliste zu setzen hat, als Delegierte in der Wahlabteilung zu wählen sind.

In Wahlabteilungen mit einer größeren Anzahl Delegierter können auch Stimmzettel mit Namensaufdruck sämtlicher Vorschläge verwendet werden. In diesem Falle hat der Wähler aus den Vorschlägen so viel Namen zu streichen, daß der Stimmzettel nicht mehr Namen enthält, als Delegierte zu wählen sind. Sind beispielsweise in einer Wahlabteilung 6 Delegierte zu wählen und liegen 12 Vorschläge dazu vor, so sind mindestens 6 Vorschläge zu streichen. Der Stimmzettel würde dann wie folgt aussehen:

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Wahlabteilung
Hermann Über, Brauerei
Hermann Berthold, Badheim
Heinrich Bertram, Zimmermanns
Wilhelm Dillig, Schwaub
Karl Gut, Vortrefflich
Richard Schmidt, Wollschächler
Adolf Huber, Rafftoran
Hilbert Brochmann, Maschinenbau
Albert Schäblich, Leinwand
Karl Schröder, Ordnungsdienst
Heinrich Krenn, Metzgerei
Fritz Auen, Jammersgrün

In der Wahlabteilung sind 6 Delegierte zu wählen. Kein Stimmzettel darf mehr als 6 Namen enthalten. Es sind daher so viel Namen zu streichen, daß nur noch 6 übrig bleiben. Jeder Stimmzettel, der mehr als 6 Namen enthält, ist ungültig.

Wahlbezirke.

Jeder Ort, dessen räumliche Ausdehnung es erfordert, kann zum Zwecke der Erzielung einer regen Wahlbeteiligung in mehrere örtliche Wahlbezirke eingeteilt werden. Für jeden bezirksigen Bezirk ist ein Wahllokal (nach Möglichkeit ein Nebenzimmer, das nicht dem allgemeinen Wirtschaftsverkehr dient) zu bestimmen und ein aus drei Personen bestehender Wahlvorstand zu ernennen.

Die Einteilung in Wahlbezirke nebst den dazu gehörigen Wahllokalen ist den Mitgliedern in geeigneter Weise, mindestens jedoch eine Woche vor Stattfinden der Wahl, bekannt zu geben.

Wahltag.

Die Wahl erfolgt für den gesamten Verband an einem Tage und zwar am

Sonntag dem 24. Mai 1914.

Zeit und Dauer der Wahlhandlung.

Die Zeit des Beginns sowie die Dauer der Wahlhandlung bestimmt das Zentralwahlkomitee. Der Beginn sowie die Dauer der Wahlhandlung muß für alle Wahlbezirke in dem Bereich ein und derselben Verwaltungsstelle gleich sein. Die Wahlhandlung darf in keinem Falle vor 10 Uhr vormittags beginnen und nach 4 Uhr nachmittags enden. In den Fällen, in denen ein späterer Beginn oder früherer Schluss der Wahlhandlung anberaumt wird, ist dies durch die Ortsverwaltung den Mitgliedern mittels besonderer Sitzulass oder Auffenschein auf die Zeitung rechtzeitig bekannt zu geben.

Öffentlichkeit der Wahlhandlung.

Die Wahlhandlung ist öffentlich, das heißt es darf keinem Mitglied, soweit der Raum dies gestattet, der Zutritt in Wahllokal verweigert werden. Als Ausweis über die Mitgliedschaft dient das Mitgliedsbuch.

Unzulässigkeit der Wahlzeit zu anderen Verbandsgeschäften.

Die vom Wahlkomitee festgesetzte Wahlzeit ist nur zur Vornahme der Wahlhandlung zu benutzen. Die Erledigung anderer Verbandsgeschäfte, Erörterungen über Verbandsangelegenheiten und sonstige Diskussionen sind während derselben zu unterlassen. Der Wahlvorstand ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß derartige Diskussionen und die Wahlhandlung störende Geschäftserledigungen während derselben unterbleiben; er kann Mitglieder, die seinen darauf bezüglichen Anordnungen mehrfach zuwiderhandeln, aus dem Wahllokal verweisen.

Beeinflussung der Wahl.

Jede Beeinflussung eines Wählers zugunsten dieses oder jenes Kandidaten ist im Wahllokal oder in der Nähe des Wahllokals vor oder während der Wahlhandlung zu unterlassen. Wenn sie dennoch vorkommt und vom Wahlvorstand gebuldet oder trotz seines Eingreifens fortgesetzt wird, so ist dies ein genügender Grund zur Ungültigkeitserklärung der Wahl.

Unzulässige Wahlagitatorien.

Ebenso unzulässig wie die im vorhergehenden Abschnitt aufgeführte persönliche Wahlbeeinflussung ist eine solche durch schriftliche oder gedruckte Anpreisungen. Als solche gelten nicht nur Briefe, Pamphletten, Flugblätter und sonstige Anpreisungen zugunsten Vorschlagener, sondern auch von den Ortsverwaltungen an die Mitglieder oder an die Vertrauensleute herausgegebenen Bekanntmachungen, die die vermeintlichen Vorzüge eines Vorschlags gegenüber einem anderen hervorheben oder die die Liste der Vorschlagener nur unvollständig wiedergeben. Ebenso ist es unzulässig, in zusammengefügten Wahlabteilungen die Namen des eigenen Vorschlags der bestehenden Verwaltungsstelle besonders hervorzuheben oder sie in anderer Weise als durch einen gewöhnlichen Besprechungsbereich bekanntzugeben.

Unzulässig ist ferner die einseitige Hervorhebung bestimmter Kandidatenvorschläge in Besprechungsberichten der Verwaltungstellen.

Beginn der Wahlhandlung.

Der Beginn der Wahlhandlung muß von der festgesetzten Zeit an pünktlich erfolgen, und ist den anwesenden Mitgliedern durch eine Erklärung, daß die Wahlhandlung beginnt, anzugeben.

Die Bekanntgabe der Kandidaten erfolgt in jedem Wahllokal der Wahlabteilungen, in denen nur ein oder zwei Delegierte zu wählen sind, durch Aufhängen einer Tafel oder eines Papierplakats, aus dem die Namen der Kandidaten sowie der Mitgliedschaften, die sie vorgeschlagen haben, ersichtlich sind.

Abgabe der Stimmen.

Nach Eröffnung der Wahlhandlung erfolgt zunächst die Abgabe der Stimmen des Wahlvorstandes nach den hierfür geltenden allgemeinen Bestimmungen, dann folgen in der Stimmabgabe die etwa anwesenden Mitglieder.

Jedes wählende Mitglied erhält im Wahllokal einen unbeschriebenen oder vorgezeichneten Stimmzettel und hat auf erstem so viele Namen zu verzeichnen, als Delegierte in der Wahlabteilung zu wählen sind, während auf letzteren von den vorgezeichneten Namen so viel zu streichen sind, daß höchstens die Zahl der zu wählenden Delegierten übrig bleibt.

Unter keinen Umständen darf der Wahlvorstand ein Mitglied zur Wahlhandlung zulassen, das sich nicht durch sein Mitgliedsbuch legitimiert und in die Wählerliste eingetragen hat.

Kontrolle der Wähler. Einzeichnung in die Wählerliste.

Die Kontrolle der wählenden Mitglieder geschieht in folgender Weise. Jedes wählende Mitglied legt zunächst dem damit beauftragten Wahlvorstandsmittglied sein Mitgliedsbuch vor.

Die Wahlhandlung ist genau zu der festgesetzten Zeit zu schließen. Ein früherer Schluß der Wahlhandlung ist nur zulässig, wenn vor der für den Schluß von der Bezirksleitung festgesetzten Zeit alle Mitglieder einer Mitgliedschaft gewährt haben.

Beurteilung der Wahlhandlung.

Die Wahlhandlung ist genau zu der festgesetzten Zeit zu schließen. Ein früherer Schluß der Wahlhandlung ist nur zulässig, wenn vor der für den Schluß von der Bezirksleitung festgesetzten Zeit alle Mitglieder einer Mitgliedschaft gewährt haben.

Die einzigen Bestimmungen dienen zur Information der Wahlleiter in den einzelnen Wahlbüros und Zentralwahlkomitees; von ihrer Veröffentlichung kann daher Abstand genommen werden.

Das Wahlreglement ist im übrigen den Verwaltungsstellen in entsprechender Anzahl dieser Tage zugesandt worden.

Im Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 10. Mai der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Mai 1914 fällig ist.

Die Erhebung von Gebührenträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandstatuts gefordert.

Die Nichtbezahlung dieser Gebührenträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Sie nicht wieder anzunehmen, wird hiermit erklärt.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in München: Der Schlosser Josef Geram, geb. am 16. Mai 1894 zu...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Siebenbrunn: Der Schlosser Adolf Kranke, geb. am 18. August 1867 zu...

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eisenwurzen-Bezirk: Der Ritter Johann Schlemm, geb. am 1. Sept. 1874 zu...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leipzig: Der Former Adolf Brendel, geb. am 27. September 1883 zu...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wavel: Der Schlosser Wilhelm Leis, geb. 2. Febr. 1887 zu Straußfurt...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wolfenbüttel: Der Schlosser Heinrich Müller, geb. am 17. März 1874 zu...

Auf Beschluß des Vorstandes: Der Former Friedrich Rogler, geb. am 11. August 1880 zu...

Gefunden wurde in Gebelöberg: Buch-Nr. 1.896824, lautend auf den Schlosser Fritz Ehardt...

Gestohlen wurde: Buch-Nr. 1.221505, lautend auf den Arbeiter Albert Koch...

Auszuhalten und der Verwaltungsstelle Rölln a. Nh. einzusenden: Buch-Nr. 1.106759, lautend auf den Dreher Heinrich Koppers...

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

von Bronzearbeitern und Metallgebern nach Herbrud (Firma Gustav Lepper i. Kirch, Betrieb Herbrud) W.; von Drahtarbeitern und Radlern nach Hannover, St.; von Drahtziehern nach Dortmund (Fa. Hösch) R.; nach Wismar...

von Feilenarbeitern und Feilenschleifern nach Mülheim a. Ruhr (Fa. G. Hemig) D.; von Formern, Schleifern u. Kernmachern nach Freifing...

von Klempnern, Installateuren und Rohrlegern nach Breisach in Baden (Fa. Keller, Badenerfabrik); nach Freiburg i. Br.; Göttingen, St. Heilbronn, St. Karlsruhe, Konstanz...

von Metallarbeitern aller Branchen nach Amsterdam (Hertel & Co.) St.; nach Bitterfeld (Aufsichtungs-Gesellschaft m. b. H.) St.; nach Borch (Borcheder Zinnhütte) W.; nach Breslau...

von Schleifern nach Hagen (Firma Söding & Halbach) St.; von Schlossern nach Karlsruhe (Wanzschloffer) D.; nach Magdeburg (Wanzschloffer) D.; nach Schwelm...

(Die mit A und B bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind. A: Streik; B: Lohndruck; C: Lohn- oder Lohnbewegung; D: Differenzen; E: Maßregelung; F: Stillstände; G: Lohn- oder Arbeitsreduktion u. f. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren.

Der Arbeitennachnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich erst bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder dem Ortsvorstand zu erkundigen.

Korrespondenzen.

Schwerin i. M. Der zwischen den Installationsfirmen und den Klempnern am 1. September 1913 abgeschlossene Tarifvertrag...

Berlin. Der Streik der Former nach Gieberei-arbeiter bei der Firma Siemens & Halske...

einbarung, die in wesentlichen Punkten eine Regelung des Arbeitsverhältnisses in den Giebereien gebracht hat, unter anderem auch eine Regelung der Preise der Reise. Danach soll eine Verständigung zwischen Arbeitern und Betriebsleitung bei Festlegung der Preise stattfinden.

Freifing. Wie in voriger Nummer mitgeteilt wurde, stehen Former und Kernmacher bei der Firma Anton Schüller im Streik. Die Ursache dazu ist das provisorische Verhalten des Herrn Schüller.

Köthen bei Magd. i. Schl. In Nr. 18 berichteten wir über eine Massenabwanderung der Former und Maschinenformer von Köthen. Die Güttenberverwaltung sendet nun gleichfalls Werbeagenten aus, um die emigrierten Köthener wieder auszufüllen.

Köthen bei Magd. i. Schl. In Nr. 18 berichteten wir über eine Massenabwanderung der Former und Maschinenformer von Köthen. Die Güttenberverwaltung sendet nun gleichfalls Werbeagenten aus, um die emigrierten Köthener wieder auszufüllen.

waren, an, setzte also die Leute einfach auf die Straße. Diese Begebenheit zum Bürgermeister, der die Vermittlung zwischen der...

Zeitungsmonteur.

Sagen i. W. Recht gemüthliche Zustände schienen bei der Firma B e c h e m & P o s t, Fabrik für Zentralheizungen in Hagen, zu herrschen.

Klempner.

Aus Baden. Günstige Arbeitsgelegenheit für arbeitswillige Spenglermeister. Die unhaltbare Lage, in die die Vertreter der Blechmeister von Freiburg, Karlsruhe...

Kollegen die dringende Mahnung, sich erst auf dem Verbandsbüro über die hiesigen Verhältnisse zu unterrichten. Ganz besonders warnen wir davor, bei den genannten Meistern Arbeit zu nehmen.

Metallarbeiter.

Chemnitz. Am 27. April tagte im Volkshaus die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Der Beobachtungsbericht über die Geschäftslage. Er wies auf die große Arbeitslosigkeit im verflochtenen Winter hin.

Ausschuss hat auch nur verlangt, die Ortsverwaltung solle sich über die Antwort des Vorstandes äußern. Kollege Schilling: Die Ortsverwaltung war mit der Bezirksleitung für den Streit, und die...

Kollege S a a d, dem wir den Bericht auch gleich vorlegten, schreibt uns dazu: In der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Leipzig am 23. April sind nach dem Berichte über meine Stellung zum Streit...

Mainz. Die verstedten Gegner des Koalitionsrechts und welche Gefahren ersehen aus ihrem Treiben für die Arbeiterschaft? So lautet das Thema, das am 28. April im Goldenen Pfing in einer zahlreich besuchten Versammlung der Arbeiter der Gasmesfabrik behandelt wurde.

Offenbach a. M. In M u l l e r a. M. ist eine Schraubenfabrik, deren Betriebsleitung sich bemüht, der Firma einen möglichst schlechten Ruf zu verschaffen. Die Firma hat vor Jahren ein sogenanntes Prämienystem eingeführt, um die Arbeiter zu äußerster Leistung anzuregen.

Das Verfahren ist folgendes: Eine automatische Schraubendreher-Handlung wird eine tägliche Arbeitseinstellung festgelegt, wobei diese über- schritten, bekommt der Arbeiter einen bestimmten Lohn. Der darau- angegebene Betrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern erst am Jahresabschluss. Infolge übermäßiger Anstrengung kommt es vor, daß die Handseilung überschritten wird. In diesem Falle wird dann von der Betriebsleitung eine höhere Leistung festgelegt, und so wird die Schraube immer mehr angezogen. Wenn nun der Arbeiter trotz aller Anstrengungen nicht mehr über die vorgeschriebene Leistung hinaus- kommen, dann taugt er nichts mehr. Wenn infolge dieser überhöhten Arbeitsweise unbrauchbare Ware erzeugt wird und die Kundschaft sich beschwert, dann soll der Arbeiter verantwortlich gemacht werden. Eine andere Einrichtung bei der Firma ist auch einzig in ihrer Art. Will ein Arbeiter sich als Automatenbediener ausbilden, dann muß er mit der Firma einen Vertrag abschließen, wonach zunächst eine Halb- jährige Lehrzeit vereinbart, aber auch festgelegt wird, daß der Ar- beiter nach Ablauf dieser halbjährigen Lehrzeit noch weitere drei Jahre im Betrieb verbleibt. Die Firma behält sich weiter vor, den Arbeiter jederzeit mit einer anderen Arbeit zu beschäftigen. Selber muß gesagt werden, daß es der Firma immer noch gelungen ist, genügend Leute zu finden, die sich in eine solche Zwangsjahre stellen können. In letzter Zeit ging die Firma noch viel weiter. Trotz der vertraglichen Abmachungen haben sich nicht alle Arbeiter im Betrieb halten lassen. Jetzt sollen auch noch 50 M. Kaution gestellt werden, die bei späterer Lösung des Arbeitsverhältnisses verfallen. Wer die Kaution stellt, bekommt die Summe 3 M. mehr Anfangslohn. Die Arbeiter bilden sich ein, mit diesem höheren Lohn die 50 M. ganz gut verdienen zu können, sie machen diese Zahlung, beachten aber nicht, daß sie damit erst recht verkauft sind. Alles dies vermochte aber nicht, einen guten Stamm von Arbeitern zu halten. Nun er- nannte die Firma auf je 3 Beschäftigte einen Vorarbeiter. Der Vor- arbeiter soll die ganze Verantwortung tragen. Das ist eine Zu- mutung, die kein Mensch erfüllen kann, die Vorarbeiter sind durch diese Einrichtung zum Prügelsknecht gemacht worden. Haben die Arbeiter Klagen über die Verhältnisse im Betrieb zu führen, dann werden sie abgewiesen und die Firma prüft damit, sie habe Leute genug, wenn es den Arbeitern nicht mehr passe, dann sollten sie gehen, von auswärtig könnte sie genügend Leute bekommen. Es hatten auch schon auswärtige Kollegen die Gelegenheit, das Dorado kennen zu lernen, sie haben aber schon nach kurzer Zeit die Nase voll bekommen. Wir erliegen deshalb die Kollegen, den Betrieb zu meiden.

Straburg i. G. Versprechen und Halten eines Untertaners! Unter diesem Titel haben wir am 6. März ein Flugblatt unter den Arbeitern der Firma Wolff, Ketter & Jacobi verteilt, in dem wir durch den Briefwechsel zwischen uns und der Firma nachwiesen, daß die Firma es mit dem Versprechen sehr leicht nimmt, aber wenn es ans Halten geht, alle möglichen Ausreden gebraucht. Ferner daß die Firma auf Umwegen den Arbeitern das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht freilich zu machen ver- sucht. Es handelte sich um einen Arbeiter namens W., der trotz der gegenteiligen Aussage der Firma als geschäftsführer zu betrachten ist. Während der Firmeneinhaber schrieb, daß W. entlassen worden sei, weil er mehrmal ohne Entschuldigung bei der Arbeit gefehlt habe, daß er ferner sich in einem Entlassungskauf gemischt habe, bewies W. das Gegenteil. Als darauf die Firma nicht einwies, schrieb W. am 6. Februar 1914 durch Eintragsverfahren folgendes an die Firma: „Durch den Geschäftsführer unseres Metallarbeiter-Vereins wurde mir heute Kenntnis gegeben von Ihrem Schreiben vom 3. c., in welchem als Grund meiner Entlassung angegeben ist, daß ich zum Beispiel im Jahre 1913 an drei verschiedenen Tagen ohne Entschuldi- gung gefehlt habe. Ich bezweifle hiermit diese Behauptung als eine nicht erschöpfende Angabe, da ich in den letzten Jahren nie- mals, weder mit noch ohne Entschuldigung, mit Ausnahme eines Krankeittages, den ich bezügl. erkrankt, gefehlt habe. Ferner be- zweifle ich die Behauptung, daß ich erst in einem Entlassungskauf teilgenommen habe, als läge. Ich nehme ohne weiteres an, daß Sie diesen Vorwurf nicht auf Ihre Firma oder Ihren Gewerks- mann haben lassen und gegen mich gerichtlich vorgehen, damit die Wahrheit festgelegt wird. Auf Wunsch des H. B. — Wahrscheinlich, damit ich nicht mehr werden. Doch was ist diese Firma gegen einen so schmerzhaften Vorwurf? Nichts! Bis heute ist gegen mich keine Anzeige erhoben worden. Der Kollege hatte ferner noch der Firma das Geld für die zurückgelassenen Statuen gut. Da...“ schrieb sie unterm 19. Januar an W.: „Wir haben verlangt, daß Sie uns das Geld für die zurückgelassenen Statuen von unserem Best. Königsplatz übermitteln wird. Auf Wunsch des H. B. Ketter & Jacobi.“ Bis zum 22. April hat unser Kollege dieses Geld noch nicht erhalten. Arbeiter der Firma, bildet auch selbst eine Unter-

Schlosser.

München. Die Lehrlingsverhältnisse in Mün- chener Hausöffergewerbe Ende des Jahres 1913. Im Laufe des Jahres war es mehrmals angefallen, daß eine ungewöhnlich große Zahl von Lehrlingen in Münchener Hausöffergewerbe Aufnahme gefunden hatten. Gelegenheit zu Kenntnis genommenen Fälle über tatsächliche Lehrlingsverhältnisse haben der Arbeitsleitung und der Ortsverwaltung Anlass, die Lehrlings- frage im Hausöffergewerbe etwas eingehender zu untersuchen. Die notwendige Ermittlung sollte durch Fragebogen geschehen. Obwohl wir die Vertrauenswürdigkeit in ganz unangenehmer Weise von der Seite unterschätzt werden sind, ist das Ergebnis dem Umfang nach nicht zufriedenstellend. Zum Teil mag das ja wohl seinen Grund darin haben, daß in zahlreichen Metallbetrieben jede Prüfung heißt, dann aber auch daran, daß eine große Zahl von Kollegen der Lehrlings- frage überhaupt nicht die erforderliche Beachtung schenken. Trotzdem aber ist das Ergebnis der Erhebung sehr interessant und läßt Schlüsse auf die allgemeine Lage zu. — Die Erhebung ergab sich auf 47 Be- triebe des Schmied- und Hausöffergewerbes. Das Gewerbestatistik- buch berichtet: 6 Betriebe ohne Gehilfen (also nur Meister), 4 mit je 1, 10 mit je 2, 6 mit je 3, 4 mit je 4, 1 mit 5, 8 mit je 6 bis 10, 3 mit je 11 bis 20, 1 mit 21 bis 30, 4 Betriebe mit je mehr als 30 Gehilfen. In diesen 47 Betrieben wurden 365 Schmied- und Hausöffergewerbetreibende, 26 andere Metallarbeiter und 8 Hilfsarbeiter beschäftigt, zusammen 394 Gehilfen. Dazu werden 228 Lehrlinge gehalten. Daraus resultiert im ersten Lehrjahr 76, im zweiten 54, im dritten 54, im vierten 35 Lehrlinge. Von einem eigentlichen vier- ten Lehrjahre kann indessen nicht gesprochen werden. Die Lehrzeit beträgt in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle 3 1/2 Jahre. Diese Zahlen zeigen uns, wie richtig die im Vorjahre ausgesprochene Be- urteilung ist, daß eine überaus große Zahl von Lehrlingen — das Doppelte der Meisterzahlen — eingestellt wurde. Daß in den nicht- erfaßten Betrieben die Verhältnisse günstiger seien, ist nicht an- zunehmen, eher kann das Gegenteil angenommen werden. Die Zahlen zeigen, daß auf 34 Gehilfen 228 Lehrlinge entfallen. Wenn man aber die Zahl der beschäftigten Meister und Hausöffergewerbetreibenden — und das ist der Fall, da nur 3 Lehrlinge in anderen Betrieben eingeschätzt werden — so ergibt sich, daß auf 265 Gehilfen 228 Lehrlinge, also fast auf jeden Gehilfen ein Lehrling entfällt. Das ist das Gegenstück zur Behauptung, daß es sich um eine unangenehme Überfülle der Betriebe auf die einzelnen Betriebe herbe. Nach Gewerbestatistik der Betriebe werden Lehrlinge gehalten: I. Be- triebe ohne Gehilfen (Metallbetriebe): in 3 Betrieben je 1, in 3 je 2, in 1 Betrieb 4. II. Betriebe mit 1 Gehilfen: in 2 Betrieben je 2, in 2 je 3. III. Betriebe mit 2 Gehilfen: in 5 Betrieben je 2, in 1 je 3, in 1 Betrieb 4. IV. Betriebe mit 3 Gehilfen: in 4 Betrieben je 3, in 1 Betrieb 5, in 1 8. V. Betriebe mit 4 Gehilfen: in 1 Betrieb 3, in 2 Betrieben je 4, in 1 Betrieb über 10. VI. Be- triebe mit 5 Gehilfen: in 1 Betrieb 5. VII. Betriebe mit 6 bis 10 Gehilfen: in 2 Betrieben je 1, in 2 je 3, in 1 Betrieb 4, in 1 6, in 2 Betrieben je 7. VIII. Betriebe mit 11 bis 20 Gehilfen: in 1 Betrieb 7, in 2 Betrieben je 8. IX. Betriebe mit 21 bis 30 Gehilfen: in 1 Betrieb über 10. X. Betriebe mit über 30 Gehilfen: in 1 Be- trieb 5, in 3 Betrieben je über 10. — Von 6 Betrieben konnte also festgestellt werden, daß mehr als 3 Lehrlinge — das ist die Hälfte

zahl der von der Handwerkskammer zugelassenen Lehrlinge — in einem Betrieb gehalten wurden. Die Handwerkskammer für Oberbayern hat Vorarbeiten über die Höchstzahl der Lehrlinge erlassen, deren wesentliche Bestimmungen lauten: § 6. Im Bezirke der Hand- werkskammer für Oberbayern ist in allen Handwerksbetrieben dem Lehrherrn, der die Voraussetzung des § 129 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 30. Mai 1908, betreffend die An- änderung der Gewerbeordnung, beziehungsweise des Art. 1 Abs. 1 des genannten Gesetzes erfüllt hat, gestattet, zwei Lehrlinge zu halten, jedoch mit der Beschränkung, daß ein zweiter Lehrling nur dann angenommen werden darf, wenn der erste Lehrling mindestens ein Jahr Lehrzeit zurück- gelegt hat. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung der Hand- werkskammer, § 7. 1. Die Einstellung von mehr als zwei Lehrlingen ist bedingt durch regelmäßige Beschäftigung von Gesellen. 2. Ein dritter Lehrling darf nur dann angenommen werden, wenn mindestens zwei Gesellen beschäftigt sind. 3. Bei Beschäftigung von mehr als zwei Gesellen darf für je weitere drei Gesellen ein Lehrling mehr an- genommen werden. Bruchteile bleiben außer Berechnung. Ueber die Höchstzahl der Lehrlinge in einem Betrieb ist in unter- wesentlichen Vorschriften § 139 bestimmt: „Nicht mehr als 3 Lehrlinge dürfen halten: Schlosser.“ Damit aber nehmen die Schlossermeister eine Ausnahmestellung ein. Eine ganze Reihe anderer Berufe, von denen sowohl in der Stadt als auch in der Provinz größere Betriebe bestehen, dürfen keine große Anzahl von Lehrlingen halten. Was Veranlassung war, gerade die Schlosser- meister so zu begünstigen, ist nicht ersichtlich. Trotz dieser offen- kundigen Bevorzugung oder sind eine Anzahl von Schlossermeistern nicht zufrieden und stellen weit über diesen Satz hinaus noch Lehrlinge ein. Setzt man nun die obigen Vorschriften zugrunde, so ergibt sich, daß Lehrlinge darüber gehalten werden: in 7 Betrieben je 1, in 8 je 2, in 2 je 3, in 1 Betrieb 5, in 1 8, in 1 9, in 1 14. 20 Betriebe hatten also zusammen 67 Lehrlinge mehr auf- genommen, als ihnen durch die Vorschriften der Handwerkskammer erlaubt ist, das sind 41,6 Prozent. Das zeigt aber deutlich, daß der Lehrlingskontrolle durch die Handwerkskammer für Oberbayern nur wenig Beachtung geschenkt wird. Man hätte dabei immer im Auge, daß sich die Erhebung nur auf 47 Betriebe erstreckt und daß die schlagendsten Betriebe nicht erfaßt worden sind. Unter den von der Erhebung erfaßten Firmen sind es besonders 5, die eine über- mäßige Lehrlingszahl betreiben; es halten nämlich Lehrlinge: Schönb- ecker, Harlachingerstraße, 5 Lehrlinge, N. Kirch, Auenstraße 26/30, 6, E. Hüller, Kuppelstraße 3, 8, J. Saindl, Wessermühl- straße 29, 9, Fr. & A. Schröder, Marsstraße, 14. Es kann nun nicht etwa geltend gemacht werden, daß die Mehrzahl der hier in Frage kommenden Lehrlinge einfach jugendliche Arbeiter seien. Von den 228 geprüften jugendlichen Personen waren nur drei ohne Lehrvertrag. Es muß also angenommen werden, daß diese bei der Handwerkskammer für Oberbayern — mit drei Ausnahmen — in der Lehrlingsrolle geführt werden. Das trotzdem so große Ueber- treten vorzunehmen, zeigt, wie wenig Gewicht die Handwerkskammer selbst auf die Beachtung der von ihr erlassenen Vorschriften legt. Die Dauer der Lehrzeit ist in 36 Betrieben auf 3 1/2 Jahre festgesetzt. In 11 Betrieben beträgt sie 3 Jahre. Wir erinnern uns, daß unter Hin- weis auf die Reihenfolge durch die Fortbildungsschule vor Jahren die 3 1/2-jährige Lehrzeit allgemein durchgesetzt wurde. Wenn damals dem unerbittlichen Verlangen der Meister nachgegeben wurde, so hätte für diese doch immerhin die Pflicht bestanden, an anderer Stelle nicht so zu übertreiben, wie dies geschehen. Auf die bei dem feinerzeitigen Anlaß so viel erwähnte Unregelmäßigkeit der Schlossermeister wird das Resultat unserer Erhebung ein eigenartiges Licht. Gefordert wird im allgemeinen nicht verlangt. Nur in zwei Fällen konnte es fest- gestellt werden, wo als Gegenleistung vom Meister Kost und Wohnung gewährt wurde. Die Entschädigung der Lehrlinge ist sehr verschieden; es wird wöchentlich gewährt: im ersten Lehrjahr 50 M bis 1 M, im zweiten Lehrjahr 1,50 bis 2 M, im dritten Lehrjahr 2,50 bis 3 M, im vierten Lehrjahr 3,50 bis 4 M. In einzelnen Fällen wird auch darüber hinausgegangen. So wird in 9 Betrieben bis zu 5 M, in 5 Betrieben bis zu 6 M und in einem Betrieb bis zu 8 M die Woche vergütet. Nur in einem Falle wird vertragsmäßig keine Vergütung gewährt, doch wird in Zeiten guten Geschäftsganges dem Lehrling eine Entschädigung nach Belieben des Meisters gegeben. Die Ver- tragsstrafen bei unrechtmäßiger Auflösung des Lehrverhältnisses schwanken zwischen 20 bis 100 M im ersten Lehrjahr, 30 bis 150 M im zweiten, 40 bis 200 M im dritten, 50 bis 200 M im vierten. Von 11 Betrieben wurde berichtet, daß Lehrlinge zu Arbeitserlösen den Gehilfen zugeflickt werden. Daß Lehrlinge selbstständig Arbeitserlösen betreiben, wurde aus keinem Betriebe mitgeteilt. Die Bei- hölje der Lehrlinge zu Arbeitserlösen bildet eine Gefahr für ihre Aus- bildung, die um so größer wird, je weniger Gehilfen und je mehr Lehrlinge in einem Betriebe beschäftigt sind. Daß Lehrlinge an autogenen Schneidapparaten beschäftigt werden, wurde aus einem Betriebe gemeldet. Die Anweisung geschieht in dritten Lehrjahr. Weitere Fragen der Erhebung bezogen sich darauf, ob die Lehrlinge auch sehr viele Arbeiten ausführen müssen, die mehr von Hilfsarbeitern oder Zugschneidern auszuführen wären. Dann, ob die geprüften Ratien eingeschalten würden, wie die Behandlung durch den Meister oder dessen Vertreter, und schließlich wie die Behandlung durch die Gehilfen sei. Nach der Beantwortung dieser Fragen gelang es nennenswerten Be- obachtungen kein Aufschluß. In Berücksichtigung wird dabei allerdings sein, daß hier das persönliche Empfinden des einzelnen mitpricht. Ueberzeugungen werden von dem einen mehr, von dem andern weniger laut geäußert, so daß hier ein zweifelhafte Urteil nicht ge- bildet werden kann. In wünschiger wäre natürlich, daß die zuletzt angeführten Punkte wirklich keinen Grund zu nennenswerten Klagen abgeben. Das bedauerliche ist in die Augen springende der Er- hebung ist die unbedeutendste Anzahl von Lehrlingen, die im Hausöffergewerbe Münchens beschäftigt werden. Es kann uns wohl nicht als Wunder bezeichnet werden, wenn hier von Lehr- lingszahl überhaupt gesprochen wird. Die sogenannte Handwerker- welt von 1897 hat den Körperhaftesten der Unternehmer, den Hand- werkskammer, die Regelung der Lehrlingsfrage übertragen. Die Handwerkskammer waren nicht in der Lage, die Frage zufrieden- stellend zu regeln, sie sind nicht in der Lage, den Nachzug der von ihnen erlassenen Bestimmungen zu überwachen; sie nehmen als ein- zige Stellung in der Lehrlingsfrage auf ihre Angehörigen zu viel Rücksicht. Darum muß die Arbeiterschaft sich der Lehrlingsfrage an- nehmen, das was Schade ist, diese Aufgaben. Dieser Tätigkeit der Gewerkschaft wird man bei planmäßiger Arbeit die Beachtung nicht verweigern können. S. S.

Posen. Erfolgreiche Lohnbewegung. Die Posener Hausöffergewerbetreibenden haben eine Lohnbewegung durchgeführt, die auch für weitere Kreise noch mehr als eine Richtung Beachtung verdient. Zunächst muß man sich über die allgemeinen Verhältnisse in Posen klar sein. Es gibt dort Unternehmer, große und kleine, denken aber fast alle „Nationalität“, und es gibt deutsche und polnische Gewerkschaften. Die deutschen Gewerkschaften gestalten wieder in Angelegenheiten des deutschen Metallarbeiter-Vereins und Hirsch- Danziger, die Polen haben nur eine Organisation (Polnische Metallarbeiter-Vereinigung), also unter den Separatisten noch keine Anhänger. Die Gewerkschaften waren in diesem Falle einig. Die Mehrheit der Mitglieder hatten die Polen, unter den Schlossern waren jedoch mehr noch als 25 Prozent unterdeutsch. Die Schlossermeister sind alle in einer Zwangsvereinigung vereinigt. Ober- meister ist ein Pole, Jagodan Biskupski. Nun liegen die Dinge aber so, daß die deutschen Unternehmer von der Regierung in jeder Weise unterstützt werden. Es gibt nicht nur Be- reichung zur Anfertigung der Betriebe, Aufhebung von Zwangs- vereinigungen und Beschlüssen, sondern die ganzen polnischen und für- lichen Arbeiter sollen den „Deutschen“ zu wünschen die Polen auf die Seite ziehen zu angewiesen sein. Da die Bistage, mit der Zwangs- vereinigung abgeschlossene Tarif list am 1. April ab von den Gehilfen war rechtzeitig genehmigt worden. Es wurde auch ein anderer Tarif eingereicht und um Verhandlungen nachzugehen. Diese wurden bei der letzten Verhandlung einer glatten Lösung. Dieses sollte es

anders kommen. Bei der ersten gemeinschaftlichen Sitzung der Schlich- tungskommission beider Parteien fehlte ein Teil der Meister; es wurde nur mitgeteilt, daß die Meister in einer Zusammenkunft am 1. April den Beschluß über den Tarifentwurf der Gehilfen fassen würden. Bei der zweiten Sitzung wurde, obwohl ein Arbeitervertreter (Pole) ent- schuldig fehlte, wohl „verhandelt“, was aber in nichts weiter bestand, als daß den Arbeitern mitgeteilt wurde, die Sitzung habe in ihrer außerordentlichen Hauptversammlung den Beschluß gefaßt: „Den neu- eingebrachten Lohnentwurf abzulehnen und den Arbeitern anheim- zustellen, die Forderung des alten Tarifvertrages zurückzuziehen, damit dieser fernerhin in Kraft verbleibe, und zwar mindestens bis zum 1. April 1916. Die Mitglieder des Lohnausschusses werden be- auftragt, in der morgigen gemeinsamen Sitzung den Arbeitervertretern diesen unabänderlichen Beschluß bekannt zu geben mit der Maßgabe, daß die schriftliche Anerkennung obigen Beschlusses heutiger außer- ordentlicher Versammlung der innungsseitigen Schlosserbetriebe spätestens kommenden Sonnabend den 11. April 1914, vormittags 10 Uhr (Schloßturmuhr), in der Obermeisterlei vorliegen muß.“ Widrigenfalls erfolgt arbeitgeberseitig die Ausprägung der Gehilfen.“ Daß die Gehilfen so ohne Gang und Klang ihren Tarifentwurf be- geben würden, war natürlich ausgeschlossen. Sie zogen es vor, durch einstimmigen Beschluß den Meistern überhaupt keine Antwort zu er- teilen und die Dinge ruhig an sich heran kommen zu lassen. Was geschah nun, wie viel die Unterstützung aus? Von 106 Beschäftigten wurden drei unorganisierte und ein or- ganisierter „ausgesperrt“. Schlußfolgerung ist wohl noch nie eine Ausprägung ins Wasser gefallen, und so herzhalt haben wohl noch selten Arbeiter über die obermeisterliche Maßnahme nach der Schloßturmuhr gelacht. Nach dem Grundfak: „Schmeiß Eisen, solange es warm ist.“ verlangten nun die Vertreter der Arbeiter so- fortige Aufnahme neuer Verhandlungen. Der Herr Obermeister wich jedoch von seinem Standpunkt ab. Es war in der oben angeführten Sitzung beschloffen worden, nicht vor Mittwoch den 22. April zu ver- handeln (also nach erfolgter Ausprägung) und dabei sollte es nur bleiben. Die Verhandlungen wurden auf den 24. April festgesetzt. So lange zu warten hatten die Arbeiter weder Lust noch Veranlassung und ihre Vertreter keine Zeit. Daher haben die Arbeitervertreter auf Anregung unfreies Bezirksleiters S o h r l a d sich mit den bedeutendsten Unternehmern in Verbindung gesetzt und zunächst eine unverbindliche Aussprache mit den Vertretern von 5 Firmen gehabt. In dieser Aussprache wurde von diesen Firmen die Bereitwilligkeit erklärt, mit den Organisationen einen Vertrag abzuschließen. Die Leiter der Organisationen verlangten die Aufnahme folgender U e b e r g a n g s - b e s t i m m u n g e n in den Vertrag: „Die Arbeiter dürfen mit keinem Arbeitgeber in Posen einen Vertrag zu ungünstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen abschließen und sind ebenso wie die Arbeitgeber verpflichtet, für die vollständige Durchführung des Vertrages zu sorgen.“ Falls die Durchführung des Vertrages bei irgend einer Firma nicht anders als durch das Mittel der Arbeitseinstellung möglich sein sollte, haben die Leiter der Arbeiterorganisationen hierin sofort den unter- zeichneten Kontrahenten Mitteilung zu machen. Die vertragsstreuen Arbeitgeber sind aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit verpflichtet, die zwecks Anerkennung des Vertrages etwa beschriebenen Firmen in feiner Weise zu unterstützen, insbesondere weder auf direktem noch indirektem Wege Arbeiten für dieselben auszuführen, oder ihnen mit Arbeits- kräften auszuweichen. Bei etwaiger Verletzung von Arbeitskräften sind die vertragsstreuen Arbeitgeber verpflichtet, die zum Zwecke der Anerkennung des Vertrages etwa im Streit befindlichen oder aus- gesperrten organisierten Arbeiter in erster Linie einzustellen.“ Da- rauf gingen beide Teile ein, und nach einigen Verhand- lungen, Sitzungen und Versammlungen wurde dann mit 7 Firmen der neue Vertrag abgeschlossen. Dieser bringt Lohnhöhung von 3 M für jüngere und 4 M für ältere Gesellen in den zwei Jahren der Tarifdauer, neben einigen kleinen anderen Vorteilen. Diese 7 Firmen beschäftigten aber 81 von 106 Gehilfen, so daß mehr als drei Viertel aller Gehilfen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die Durchführung des Tarifes in den anderen Betrieben sollte nur bis zum Eintritt einer besseren Geschäftslage im Gewerbe zurückbleiben, aber — jetzt hatte es die F u n k t i o n e n der Beschloß, den neuen Tarif eben- falls zu unterschreiben, so daß nun der volle Erfolg auf der ganzen Linie für die Arbeiterschaft zu verzeichnen ist. Über die Moral! Die Regierung terrorisiert die polnischen Schlossermeister, die Polen wollten die Deutschen terrorisieren und werden nun selber über den Terrorismus der Arbeiter jährl! Tableau! Nachschrift. Durch ein Zirkular teilt nun der Obermeister der Sitzung, Biskupski, der staunenden Welt mit, daß die Ausprägung der Bauhilfen in Posen auf- gehoben ist!

Schmiede.

Düsseldorf. Die Kesselschmiede der Düssel- dorf-Ratinger Dampf- und Kessel- fabrik (vorm. Dürr & Cie.) in Ratingen haben wegen ganz bedeutender Vorkaufsalge die Arbeit eingestellt. Es blieb ihnen weiter nichts übrig, da die Sache durch Verhandlungen nicht beigelegt werden konnte. Die Firma gibt sich die erniedrigte Mühe, Streikbrecher zu bekommen. In vielen Zeitungen werden unter Ad- dresse wichtige Kesselschmiede bei hohem Vorkaufsdienst gesucht. Die J e n i r u m s t u t i e r bringen die Streikbrecheranzeigen genau so wie die Schrottmacherpresse, obwohl an dem Streik auch Mitglieder des christlichen Verbandes beteiligt sind. Der Betriebsleiter — ein ganz junger Mann — will den Ratinger Kesselschmieden zeigen, was eine „Harke“ ist, aber viel wird bei der Ausschneiderei nicht herauskommen. Da die Firma zunächst die auswärtigen Reparaturarbeiten zu er- ledigen sucht, ist es notwendig, daß unsere Kollegen im Lande genau aufpassen.

Düsseldorf. Die Verhandlungen im Wagenbauergewerbe zur Erneuerung des Tarifs haben zu keinem annehmbaren Resultat geföhrt. Die Arbeiter (Schmiede, Stellmacher, Sattler und Lackierer) haben deshalb am 1. Mai die Arbeit eingestellt. Näherer Bericht folgt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Rundschau.

Reichstag.

Der Reichstag, der am 27. April nach vierwöchentlichen Oster- ferien wieder zusammentrat, fundet für die in Aussicht genommene kurze Tagung bis Pfingsten eine überreiche Arbeitslast vor sich. Zunächst muß der Etat fertiggestellt werden, was schon eine bedeutende Kraftleistung bedeutet. Sodann sind außer der Befoldungsordnung noch das Spionagegesetz, das Gesetz über das Petroleummonopol, das Konkurrenzverbotgesetz und eine Reihe von anderen Vorlagen vorhanden, die erledigt werden sollen. Dabei hat sich bei einigen, wie zum Beispiel bei der Befoldungsneuvelle, eine recht weitgehende Meinungsverschiedenheit zwischen Bundesrat und Volksvertretung herausgestellt, was die Regierung durch nicht weniger als 5 „Un- annehmbar“, die sie dem Reichstag entgegenrief, zu unterzeichnen für gut und nützlich befunden hat. An eine Erledigung aller Ent- würfe und namentlich an die Ausgleichung der bestehenden Meinungs- verschiedenheiten in der gegebenen Zeit ist kaum zu denken. Unter diesen Umständen gewinnt die Frage, ob der Reichstag demnächst über den Sommer verlagert oder geschlossen werden soll, erhöhte Bedeutung. Wird das Parlament geschlossen, dann fallen damit alle nicht vollendeten Entwürfe weg und müssen ganz von vorn wieder eingebracht und behandelt werden. Wird es dagegen verlagert, dann können die Arbeiten im Herbst wieder dort aufgenommen werden, wo sie zu Pfingsten abgetrohen wurden. Angesichts der dauernden Überlastung der Volksvertretung und ebenso auch der mit ihr arbeitenden Regierungsbürokratie würde sich demnach wohl die Verlegung als eine wesentliche Kraft- und Zeiterparnis vor selbst rechtfertigen, wenn nicht die Frage der Gültigkeit der Reichstags- fahrtarten hinein Spielte. Diese ganz untergeordnete Angelegenheit

beherrschte zurzeit in einzelnen bürgerlichen Parteien die politische Erörterung vollständig. Der nationalliberale Führer Baffermann hat in einer nicht sehr würdigen Weise öffentlich die Ansicht vertreten, die Reichsregierung sei es dem Parlament nach den besonderen Anforderungen der letzten Sommertagung schuldig, ihm die Freifahrtsarten in diesem Sommer zur Verfügung zu stellen, damit die Abgeordneten nicht nur eine gewiss sehr nötige Erholung suchen, sondern auch die politische Vereifung des Landes vornehmen könnten. Der Reichszentralrat soll sich aber (wie es heißt, aus Furcht vor verstärkter sozialdemokratischer Agitation) gegen dieses Ersuchen ebenso ablehnend verhalten, wie gegen den Plan, die Gültigkeit der Freifahrtsarten ganz allgemein auf die Dauer der Zeit zwischen zwei Wahlen auszudehnen. Für eine solche allgemeine Ausdehnung sprechen manche ernsthaften Gründe. Gegen ein Freifahren um die Sommervertagung aber viel ernftere, namentlich die Rücksicht auf die Würde der Volksvertretung. Die sozialdemokratische Partei hat denn auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß für sie bei der Geschäftsbehandlung ausschließlich die in den Dingen selbst liegenden Gründe ausschlaggebend sind, nicht aber die ganz subalterne Erwägung, ob die Freifahrtsarten in diesem Sommer gelten werden oder nicht.

Die erste Erörterung im Reichstag drehte sich in der Berichtszeit um die seit Jahren mit großer Leidenschaftlichkeit behandelte Impffrage. Impffreunde und Impfgegner stehen sich in allen Parteien gegenüber. An eine Aufhebung des Impfwanges ist in einer Zeit, wo die Serumtherapie einen besonders lebhaften Aufschwung genommen hat, nicht zu denken. Die gefesliche Einführung der sogenannten Gewissenskaufel, wonach zwar im allgemeinen der Impfwang weiterbesteht, jedermann aber das Recht haben soll, seine Kinder und sich selbst der Impfung zu entziehen, wenn er von ihrer Schädlichkeit überzeugt ist, würde der Aufhebung des Impfwanges gleichkommen. Ein Antrag, zum Studium der ganzen Angelegenheit einen aus Impffreunden und Impfgegnern gleichmäßig zusammengesetzten Untersuchungsausschuß einzusetzen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt, wobei viele Impffreunde wegen einer endgültigen Verständigung für den Ausschuß stimmten. Die Frage bleibt also auch weiterhin in der Schwebel. Dabei ist zu erwähnen, daß auch unter den Anhängern des Impfwanges der Gedanke immer mehr an Boden gewinnt, die heutigen gefeslichen Vorschriften durch die Einführung einer Entschädigungspflicht des Reichs für etwa nachgewiesene Impfschäden zu ergänzen. Auf dieser Linie wird wohl schließlich auch eine Verständigung zustande kommen.

Einen erneuten Vorstoß, die medlenburgische Verfassungsfrage ins Rollen zu bringen, unternahm mit einer Interpellation die sozialdemokratische Fraktion, ohne daß auch diesmal ein nennenswerter Erfolg erreicht wurde, da die Reichsregierung wie auch schon früher erklärte, sie lehne ein direktes Eingreifen der Reichsregierung in die politischen Zustände der beiden Obotritenländer ab. Da in den beiden medlenburgischen Großherzogtümern die Ritterchaft allen Versuchen, eine zeitgemäße Verfassung mit den beschriebenen Zugeständnissen an die große Masse der Bevölkerung vorzuziehen, so werden wir also auch weiterhin den kaum erträglichen Zustand beibehalten, daß innerhalb des Reichs zwei nicht unwichtige Einzelstaaten vorhanden sind, in denen nicht einmal die Anfänge eines Verfassungslebens bestehen.

Vor vielen Jahren hat einmal die Frage der Dampfer-Subvention in der deutschen Sozialdemokratie eine Parteihehe von heute tatsächlich unbegreiflich anmutender Festigkeit entfacht: die Befürworter und Gegner einer Reichssubvention an eine Dampferlinie haben sich damals mit unerklärlicher Schelligkeit bekümpft und nur ihre immerhin ansehnliche Stärke rettete die bewilligende Minderheit vor Ausschlußankträgen. Heute wird diese Frage mit kühler Schelligkeit behandelt. Die Dampfersubvention an den Norddeutschen Lloyd wird langsam abgebaut. Eine darüber handelnde Vorlage erläuterte der Staatssekretär des Innern mit kurzen Worten, und dann wanderte sie an den Reichshausparlamentarischen Ausschuß, ohne daß auch nur ein einziger Abgeordneter eine Bemerkung zur Sache gemacht hätte. So ist der Lauf der Welt. Weder die übertriebenen Hoffnungen der einen Seite noch die grauig-schwarz gemalten Bescherungen der anderen, die vor zwanzig Jahren einander zornig gegenüberstanden, haben sich verwirklicht. Vielleicht wird auch manche brennende Sorge von heute eine Gleichgültigkeit von übermorgen werden.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter. Mitgliederbestand der Organisationen in der Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsblatt):

Table with 4 columns: Organization name, 4. Viertel 1913, 1. Viertel 1914, and Zunahme. Rows include Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ruppertsberg-Verband, and others.

Die „Christlichen“ haben zwar über die rote Woche die Nase gerümpft, sie haben aber, wie aus ihrem Blatt zu ersehen war, selbst ein bißchen „schwarze Woche“ gemacht.

Sattler. Am 25. April 1889 beschloß ein nach Dresden einberufener Kongreß der deutschen Sattler, einen Allgemeinen Deutschen Sattlerverein zu gründen. Schon früher hatte ein solcher bestanden; 1872 hatte Ignaz Wuer ihn gegründet. Diese Organisation brachte es auf 19 Ortsgruppen mit etwa 1000 Mitgliedern; sie löste sich jedoch schon im Anfang des Jahres 1878 auf infolge der Drangsalierungen durch Polizei und Gericht, schon ehe das Sozialistengesetz dazu dienen mußte, den Gewerkschaften auf eine Weise den Garaus zu machen. Nach einigen Jahren entstanden jedoch schon wieder örtliche Sattlervereine, hauptsächlich von solchen Sattlern gegründet, die für den Militärbedarf arbeiteten. Die immer weiter steigende Vergütung des Heeres hatte auch mehr Bedarf an Sattlern zur Folge. In den übrigen Berufszweigen der Sattlerei herrschte das Kleinmehrerium vor. 1887 konnte man daran denken, eine Allgemeine Deutsche Sattler-Zeitung herauszugeben. 1892 tauchte der Gedanke an die Verschmelzung mit den Tapezierern auf. Diese waren aber dagegen, wie auch jetzt noch. Erfolgreicher waren die Verschmelzungsbestrebungen beim Verbands der Portefeuliers. Dieser schloß sich am 1. Juli 1909 dem Verbands der Sattler an. Die Gewerkschaft hat nunmehr etwa 15 000 Mitglieder. Viele Kämpfe hat sie durchzuführen müssen und mehr als einmal mußten ihr die Arbeiter anderer Berufe zur Hilfe kommen. Sie hat aber auch für zwei Drittel ihrer Mitglieder tarifliche Arbeitsbedingungen erreicht.

Der Steigerverband gefährdet.

Der Deutsche Steigerverband, der schon seit Jahren mit dem Grubenbesitzern in Streit verwickelt ist, hat sich mit einem besondern Schreiben an die Berufscollegen gewandt, in dem er die Steiger aufruft, den Versuchen der Grubenherren entgegenzutreten, die die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen verhindern wollen. In dem begleitenden Aufsat heißt es: „Wenn sich in dieser entscheidenden Stunde nicht die übergroße Mehrzahl von denen melbet, die das Ansprechen zu Gesicht bekommen, dann hat der Organisationsgedanke im Steigerberufe noch nicht die Wurzel gefaßt, um den Verband auf die Dauer zu erhalten. Dann verdienen es die Steiger nicht, daß für sie noch irgend etwas getan wird. Vor Jahrzehnten mag es für die Träger des Organisationsgedankens noch Zweifel gehabt haben, den Kampf des Gedanken durchzuführen. Der Gedanke hat heute aber gefiegt. Daran ändert die Aufgabe eines bescheidenen Postens, der nicht infolge der Angriffe der Gegner, sondern infolge der Lausheit der Berufscollegen wegen aufgegeben wird, nicht das geringste. Wer also ein Interesse daran hat,

den Verband zu erhalten, der sorge in der gegenwärtigen Stunde dafür, daß das Ansprechen seinen Zweck erfüllt.“

Es ist begreiflich, daß diese Organisation keinen leichten Stand hat. Es geht ihr jedoch nicht anders, als es jeder Arbeitergewerkschaft gegangen ist. Wie haben diese Hindernisse durchmachen müssen und mehr als einmal war bei ihnen der Fortbestand ernstlich gefährdet. Wenn dies jedoch überwunden ist, dann wird das Vertrauen der Berufsangehörigen wachsen, die Werbestärke steigen, der Einfluß der Organisation zunehmen, und all dies wird in Wechselwirkung aufeinander die Organisation zu der starken Stütze ihrer Mitglieder machen, die sie sein soll. Es wäre merkwürdig, wenn es gerade bei den Grubensteigern anders sein sollte und bedauerlich, wenn es den Grubenherren gelingen sollte, diese Organisation un- zubringen.

Für Fortführung der Sozialreform.

Das Generalsekretariat der Gesellschaft für soziale Reform schreibt uns, daß sie für die Fortführung der Sozialreform am 10. Mai mittags 12 Uhr in der Neuen Welt in Berlin eine Kundgebung veranstaltet. Die Hauptredner sind Prof. Dr. Franke und Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch. Am 9. Mai hält die Gesellschaft in den Bismarck-Sälen, Berlin, Neue Grünstraße 28, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Hier werden das Koalitionsrecht (Redner Prof. Dr. Kessler, Jena) und der Erstlingslohn (Redner Dr. Weyl) besprochen werden. Außerdem sollen die Wünsche einzelner in der bisherigen Sozialpolitik besonders vernachlässigter Gruppen, zum Beispiel der Gastwirtsgewerkschaften, Krankenpfleger, Bureauangestellten, sowie der Angehörigen einiger künstlerischer und technischer Berufe kurz zur Sprache kommen. Beide Veranstaltungen sind öffentlich.

Frauenbeschäftigung und Entlohnung in der ober-schlesischen Berg- und Hüttenindustrie.

Es ist kein Ruhmesblatt für Deutschlands Kultur, daß Frauen und Mädchen in der schweren Montanindustrie beschäftigt werden. Die Berg- und Hüttenwerke sind kein geeigneter Arbeitsplatz für den Organismus des weiblichen Geschlechts. Wer darüber im Zweifel ist, der lese nachstehendes Gutachten, das der Werksarzt Dr. Seiffert (Antonienhütte) schon vor mehr als 15 Jahren abgab: „Unsere Zinkhüttenarbeiterinnen, bei denen man doch im Gegensatz zu den besser situierten Ständen Neigung zur Fleischsucht nicht gerade voraussetzen sollte, leiden häufig und intensiv daran. Die Mülleere macht sich, gerade wie bei den jugendlichen männlichen Arbeitern, durch inter-sive Blässe des Gesichts, der Ohren, Schläfenhäute, ferner auch durch monatelanges Ausbleiben der Menstruation geltend.“ Ferner teilt derselbe Arzt in seinem Gutachten mit, daß selbst schwere lähmungsartige Zustände an den Extremitäten zur Beobachtung kamen.“ Dieses für die Verteidiger der Frauenarbeit auf Berg- und Hüttenwerken vernichtende Gutachten wurde, wie schon gesagt, vor mehr als 15 Jahren abgegeben. Heute aber werden noch Frauen und Mädchen, und zwar in vermehrter Zahl, in den Zinkhütten beschäftigt. Und den allergrößten Teil der Berg- und Hüttenarbeiter, den ober-schlesischen Zentrumsgrafen, gebührt der Vorrang in der Beschäftigung von Frauen und Mädchen. Dabei werden ihnen Löhne gezahlt, die man als himmelschreiend bezachnen muß. Hier der Beweis dafür:

Table with 3 columns: Art der Industrie, Zahl der weiblichen Beschäftigten, Jahreslohn für 1913. Rows include Steinhöfenbergbau, Eisenerzbergbau, etc.

Die Not zwingt die Frauen und Mädchen zur Beschäftigung auf den gesundheitsgefährlichen Berg- und Hüttenwerken, in der Not verbleiben sie auch, trotz schwerer Arbeit, bei diesen Löhnen. In Lumpen gekleidet, mit Kohlenstaub bedeckt, die Hände schweißig und rüßig durch das Kantieren mit den Förderwagen, mit Hade und Schaufel auf den Bergwerken, mit Jange und Streckhammer in den Hütten- und Walzwerken, die Gesichtshaut und Haare verengt durch die Luft der Oefen, so verlassen sie täglich, größtenteils barfuß, die Arbeitsstelle. Ein wahrer Jammer!

Die Volksfürsorge als treibende Kraft.

Der Ausbau der Volksversicherung, der von den deutschen Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Konsumgenossenschaften durch Gründung und Betrieb der Volksfürsorge angebahnt wurde, erweist sich mehr und mehr als eine immer neue Verbesserung zeitliche soziale Tat. Die nächste Folge war, daß die Furcht vor dem Wettbewerb der Volksfürsorge und deren Eindringen auch auf dem Lande zwei Gesellschaften ins Leben rief, die beide von vornherein die Distributions der Aktiäre auf 4 Prozent festsetzten, die Taxationen für Vorstande- und Aufsichtsratsmitglieder befestigten, den Verfall von Versicherungen erschwerten und durch Organisations-maßregeln die Vermalungsaufkosten zu ermäßigen suchten. Das ist 30 Vorabgesellschäften, die in allen diesen Punkten früher zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren, bei der von ihr gegründeten Deutschen Volksversicherung A.-G. sofort zu solchen Beschränkungen ihres Profites herbeizuliegen, rechtfertigt mehr als alle anderen Erscheinungen das Vorgehen der Gewerkschaften. Diese zugunsten der Versicherten wirkenden Reformen wirken aber weiter. Selbst die Victoria beschloß schon 1913, daß sie von 1914 an aus dem Volksversicherungsgeschäft keine Taxationen mehr bezahle und die heutige General-versammlung des Nord-Ostern beschloß, die Taxationen des Aufsichtsrats ein für allemal auf 4 Prozent zu beschränken. Es ist sicher, daß, wenn die Gewerkschaften auch ferner ihre Werbestärke fortsetzen und der Volksfürsorge alle Versicherungslustigen zuführen, sowohl die privaten wie die sogenannten „gemeinnützigen“ Gesellschaften gezwungen werden, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Versicherten von Grund aus zu ändern. Wenn bisher die Volksversicherung lediglich betrieben wurde zur Förderung des Vorteils der Versicherungsgesellschaften, so muß durch die feste Stärkung der Volksfürsorge immer mehr dahin gemirkt werden, daß bei der Volksversicherung der Vorteil der Versicherten in erster Linie Rücksicht findet. Diesem Grundsatze will und hat die Volksfürsorge Geltung verschafft, und das macht sie zur richtigen Versicherungsgesellschaft des arbeitenden Volkes!

Ein entlarvter Simulantenreiter.

Beim Dr. Fritz Graf zu Reichenberg bei Dresden war ein Arbeiter aus Wilschdorf wegen eines Nervenleidens in Behandlung. Er wünschte, von einem Spezialarzte weiterbehandelt zu werden. Dr. Graf ging darauf ein, schrieb aber gleichzeitig an die Betriebskrankenkasse der Firma Seibel & Raumann, daß der Arbeiter angeblich folgenden Brief:

„Reichenberg, den 15. April 1914.“

An die Betriebskrankenkasse der Firma Seibel & Raumann! Hierdurch erlaube ich mir, bei dieser Kasse mitzutellen, daß das Mitglied (folgt der vollständige Name und die Mitgliedsnummer) mich ersuchte, ihn wegen seines Leidens an einen Nervenarzt zu überweisen; ich habe ihm erklärt, daß ich die Krankheit für durchaus nicht so schwer halte, aber die Klagen des Mannes sind derartig, daß er unbedingt Spezialarztbehandlung für notwendig hält; kurz erlaube ich mir zu bemerken, daß es gerade bei gut zahlenden Kranken häufig vorkommt, daß die Mitglieder, ohne eine heuliche nachweisbare Krankheit zu haben und bei dem blühendsten Aussehen und dem fröhlichsten Wesen, faste sie merken, sie werden etwas krank angenommen und bald wieder zur Arbeit angehalten, recht auffallend Klagen, um aus

meiner Behandlung zu kommen und dann machenslang bei dem aufglaubigen andern Kollegen zu Hause zu bleiben.

Ein weiteres Urteil erlaube ich mir nicht, sehr mich aber ver-anlaßt, im Interesse der Kasse auf solche Fälle hinzuweisen.

Hochachtungsvoll

Der „gutgläubige andere Kollege“ ließ sich durch den Brief nicht davon abhalten, den Kranken zu untersuchen. Er fand bei ihm eine Fistel am linken Oberkiefer (kein Wunder, daß der Kranke Klagen) und schrieb ihm einen Aufnahmechein fürs Krankenhaus aus, weil der Kranke operiert werden mußte.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 506 bringt in ihrer Mittagsausgabe vom 28. April (Mittagsausgabe, Nr. 506) eine Ab-handlung von einem Dr. G. Stromann über „Die Ent-tarung von Ur-fall-Simulanten“. Vielleicht überweist das ge-nannte Unternehmensblatt diesem Herrn den Brief als Unterlage für weitere beratige Arbeiten.

Die Kennwetten der Arbeiter.

Es kommt bei den deutschen Arbeitern glücklicherweise lange nicht so oft vor wie bei den englischen, daß sie ihren sauer verdienten Lohn beim Pferderennen verwerten. In Manchester haben wir in den Arbeitern bemerksamen Straßen Anschläge, die den Arbeitern Gelegenheiten zum Abschluß von solchen Wetten andringen. Der längst verhandelte Prozeß gegen mehrere Gendarmerteilnehmer wegen Verletzung durch Buchmacher zeigt jedoch, daß auch in Deutschland weitestgehend strenge Maßregeln vorhanden sind. Darum sind folgende, in der Arbeitsmarktkorrespondenz von Richard Calmer erschienenen Ausführungen besonders beachtenswert:

„Die Kenn- und Wettkassen hat begonnen, gleichzeitig zeigt ein lehrreicher Prozeß vor dem Kriegsgericht aller Welt den Sumpf der Kennplatzkorrup-tion. Der Laie wundert sich, daß die Buchmacher, und zwar nicht die „großen Kanonen“, sondern die mittleren und kleineren Unternehmer dieser Art den Gendarmen der-artig reichliche Bestechungsgelder zahlen konnten. Die Buchmacherei scheint doch auch im jugendlichen handwerksmäßigen Kleinbetrieb ein recht gewinnbringendes Geschäft zu sein. Andernfalls würden diese Leute doch wohl auch die hohe straf-rechtliche Gefahr nicht auf sich nehmen. Woher der Bestechung wegen Buchmacheri drohen ihnen unter Umständen noch größere Unannehmlichkeiten, wenn sie soweit gehen, Polizeibeamte oder Gendarmen zu bestechen. Wer bildet den Kenkreis dieser kleinen Buchmacher? Größtenteils sind es die „kleinen Leute“: Arbeiter, Handwerker, Angestellte, Portiers, Kellner etc., kurzum ein Publikum, das am Totalitar nicht weiten kann, weil dort die Einflüsse zu hoch sind, oder weil es ihm nicht möglich ist, selbst den Kennplatz auf-zuschauen. Diese Leute tragen ihre sauer verdienten Groschen zum Buchmacher in der Hoffnung, einen kleinen Gewinn herauszuschlagen. Die Arbeiterfrauen wissen vielfach ein Lied davon zu singen, welche Folgen die Wettlust des Familienvaters zuzuwenden haben kann? In den kleinen Kneipen, Zigarrengegeschäften und beim Fleisur etc. werden Wetten abgeschlossen. Allengehalten das gleiche Publikum. Die Wett- und Spielzeuge der feubalen und reichen Kreise hat auf die unteren Volkschichten ansetzend gewirkt. Die Konzessionierung der Buchmacher wird voraussichtlich diese unglückseligen Zustände ver-schlimmern. Von den Gegnern der Arbeiterbewegung sollte von solchen Arbeitern, die nicht gerade über ein ausgeprägtes Klassenbewußtsein verfügen, wird behauptet, daß die Beiträge für die Ge-werkschaften zu hoch seien und den Haushalt des einzelnen zu stark belasten. Was sind diese Beiträge, die doch der wirtschaftlichen Förderung der Arbeiterklasse sowie der Versicherung für die Zeit der Arbeitslosigkeit zu dienen, im Vergleich zu den viel höheren Summen, die von den Buchmachern den Arbeitern aus den Taschen gezogen werden? Wer sein Geld am Kennplatz verliert, darf sich nicht beklagen. Ihm geschieht vollkommen recht. Er verdient die schwersten Vorwürfe, wenn er dadurch Frau und Kinder dem Elend preisgibt. Trunt und Spiel sind die aller-schlimmsten Feinde der modernen Arbeiterbewegung. Sie lenken nicht nur den Blick des einzelnen von seinen wichtigsten Interessen ab, sondern verschlechtern seine ohnehin so unsichere wirtschaftliche Stellung ganz erheblich, so daß er immer mehr zurückkommt im wirtschaftlichen Kampfe. Das Beispiel der oberen Schichten ist keine Entschuldigun für den Arbeiter, ebensowenig wie sonstige Ausfertlungen und kostspielige Partysien dieser Kreise als Vorbildlich gelten dürfen. Das Proletariat hat gerade gegen diese Schichten einen schweren wirtschaftlichen Kampf um den Anteil an Produktionserträgen auszufechten und muß darauf bedacht sein, sich für diesen Kampf leistungsfähig zu erhalten. Ob die Buchmacherei zum Besten der schwindlichten Staatsfinanzen konzessioniert wird oder ob sie verboten bleibt, spielt für den Arbeiter keine Rolle. Er tut auf alle Fälle am besten, wenn er seine Taschen aufgüt und sich hütet, berartige Parasiten zu mäßen. Die Hebung des Kenn- und Reitports, der ja die Pferderennen angehtlich dienen, geht den Arbeiter ebenfalls so gut wie gar nichts an.“

Wie die Zentrumspreffe christlich organisierte Streikende behandelt.

Auf der Köchlingschen Grube Hostenbach streiken seit einigen Wochen christlich organisierte Bergarbeiter. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter führt diesen Streik und erklärt, daß er nicht daran denkt, nachzugeben. Der Bergarbeiterverband verübte keine Klage gegen den Gewerbeverein wegen dessen früherer Streikbrechereien, sondern hielt seine Mitglieder zur Teilnahme an. Von dieser Seite droht dem christlichen Gewerbeverein also keine Gefahr, wohl aber von einer andern, die mit den christlichen Organisationen durch die und dünn geht, wenn diese in der Arbeiterbewegung als Unter-reiherinnen wirken. Es sind Zentrumsblätter, die sich nicht scheuen, Streikbrecheranzeigen aufzunehmen. So nahm die Essener Volkszeitung eine Anzeige der be-kannten Streikbrecherfirma Lange auf, in der tüchtige Bergarbeiter für Holstenbach gesucht wurden. Die Anzeige hatte den Erfolg, daß sich Lesel der schwarzen Volkszeitung als Streikbrecher meldeiten, wenn auch der größte Teil von ihnen nachträglich wieder auf Holstenbach abgelegt wurde, weil er für die Bergarbeit nicht taugte. Immerhin blieb aber eine Anzahl der mit Hilfe des Zentrumsorgans aufgetauchten Streikbrecher auf der Grube. Am 18. April brachte ein zweites Zentrumsorgan in Ruhrbezden, die Essen-er Eisen-Zeitung, eine Streikbrecheranzeige. Diese hatte den Erfolg, daß sich auch in der Gelsenkirchener Gegend Arbeitswillinge massenhaft einfinden, um nach der Grube Holstenbach abgehoben zu werden. Die Streikbrecher, die auf Grund der Anzeigen der beiden Zentrumsorgane sich einfinden, mögen sich nicht einmal berußt ge-wesen sein, etwas Schlimmes zu tun, wenn sie ihren kämpfenden Klassen-genossen in Saarabien in den Rücken fielen. Haben doch die beiden genannten Organe seit mehreren Jahren bei den verschiedensten Gelegenheiten den Streikbruch verherrlicht, sie waren die besten Unter-weiser der Streikbrecher auch beim letzten großen Bergarbeiter-streik. Wer seine gewerkschaftliche Erziehung von den schwarzen Organen im Ruhrbezden erhalten hat, der glaubt schließlich noch, ein göttliches Werk zu tun, wenn er seinen kämpfenden Arbeitsbrüdern als Ver-räter in den Rücken springt. Man sage nicht, daß die genannten Organe nicht wußten, welchem Zweck die Anzeigen dienen. Denn die Firma Lange & Co. in Essen Arbeiter sucht, dann weiß jedes Kind in Essen, worum es sich handelt. Die Essener Volkszeitung ist nicht so weltfremd, daß sie nicht wüßte, was los ist, wenn ihr diese Firma einen Auftrag erteilt. Auch die Gelsenkirchener Zeitung kann sich nicht mit Unkenntnis entschuldigen. Das Bemerkenswertere ist, daß sich bisher kein christliches Ge-werkschaftsorgan gefunden hat, das den beiden Zentrumsorganen ge-sagt hätte, was im Interesse der Streikenden zu sagen ist. Nicht einmal das Organ des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter magt, ein Wort gegen die Fu-nahme der Streikbrecheranzeigen zu äußern. Darfren die Zentrumsblätter sich gegen christliche Arbeiter alles er-lauben oder wollen die christlichen Streikführer, auf diese Weise dem Streik ein Ende machen zu können? —

Ein ähnlicher Fall liegt bei dem Streik der christlich organisierten Arbeiter der Distriktsfabrik Holland in Cleeve vor. In diesem Falle half der christliche Vorkämpfer durch Aufnahme von Streikbrechergelüchten an der Unterdrückung des Streiks. Wenn so etwas einmal aus Versehen in einem sozialdemokratischen Blatte geschieht, so pflegt die betreffende Gewerkschaft dafür zu sorgen, daß die Sache sehr schnell geändert wird und wer daran schuld ist, dem wird die Wahrheit deutlich genug gesagt. Trotzdem kann man in christlichen Gewerkschaftsblättern die unsinnige Behauptung lesen, die Gewerkschaften hätten sich der sozialdemokratischen Partei verhaftet. Tatsache ist, daß die Gewerkschaften auf zum einen so sagen, wenn ihnen von der sozialdemokratischen Partei oder sozialdemokratischen Blättern nicht ihr Recht wird. Zentrumsblätter dürfen jedoch christliche Gewerkschaften mit Füßen treten, ohne daß diese auch nur ein Wort der Auflehnung zu äußern wagen. Wer ist nun der Verkauf? (Siehe auch Schmiede Schiffsdorf in dieser Nummer.)

Fabrikbrand und gelber Werkverein.

In der Nacht vom 21. zum 22. April brannte die große Maschinenfabrik von Biesolt & Lode in Meißen vollständig nieder. Es war trotz der Anstrengungen der Feuerwehr nicht möglich, etwas zu retten. Eine danebenliegende Schule brannte an, doch konnte man das Feuer noch löschen. Abgeliegene Wohnhäuser mußten die Einwohner zum Teil räumen, weil sie in großer Gefahr waren. So unangenehm dieses Vorkommnis für die Betroffenen auch ist, so hätten wir dennoch keine Veranlassung, es hier zu erwähnen, wenn nicht noch etwas anderes hinzukäme. Die Firma Biesolt & Lode ist schon wiederholt in der Metallarbeiter-Zeitung genannt worden, besonders, wenn ihre Arbeiter gegen sie im Kampfe standen. Nach dem Streik im Jahre 1906 versuchte sie das damals als unfehlbar gepriesene Mittel der Gründung eines Werkvereins. Wer nicht gelb wurde, flog aufs Pfahle. Es hat sich denn auch manches Mitglied unseres Verbandes auf den gelben Weim lösen lassen. Nun sind 700 Arbeiter durch den Brand arbeitslos geworden — für Meißen schon eine beträchtliche Zahl. Die Gewerkschaftsmitglieder unter ihnen haben ihre Arbeitslosenunterstützung; wie ist es aber jetzt mit den Werkvereinsmitgliedern? Sie schnappen Rauch, denn die gelbe Beizeinstaffel ist froh, wenn sie selber nichts hat. Ob nicht manchem Mitglied des gelben Vereins eine Meinung auffiege, wie töricht er handelte, als er sich dazu bewegen ließ, seine Rechte in der Gewerkschaft gegen das gelbe Dienstgericht zu verkaufen?

Die Stuttgarter Ausstellung für Gesundheitspflege soll, wie endgültig festgestellt, am Donnerstag den 14. Mai, vormittags 11 Uhr, eröffnet werden.

Vom Ausland.

Osterreich.

Ein Werksführer. Die Firma E. B. S. in Wien, VII., Westbahnstraße 33, hat in reichsdeutschen Tageszeitungen, soweit bekannt in Wien und Leipzig, die Forderung eines Werksführers ausgeschrieben. Soweit wäre die Sache belanglos, da bei dieser Firma gegenwärtig ein Streikfall mit der Arbeiterkassette nicht besteht. Nun sind aber in den letzten Tagen der Zentrale des Metallarbeiterverbandes in Wien Anfragen mehrerer Kollegen aus Deutschland zugegangen, worin Auskunft über diese Firma verlangt wird, weil die Firma auf ihre Offerte hin ihnen allen den Werksführerposten verspricht und sie zur Reise nach Wien auffordert. Dabei weiß aber keiner der Kollegen davon, daß jedem einzelnen von ihnen der Posten in Aussicht gestellt ist. Weil bei einer Werksführerposten doch nicht um mehrere Leute befehligt werden kann, so scheint es der Firma nur um größere Auswahlmöglichkeit zu tun zu sein. Man lockt eine Menge Leute nach Wien mit der Behauptung des einträglichen Werksführerpostens, und sind sie da, dann sucht man den billigsten aus. Der Wettbewerb der Arbeitskräfte wird unter diesen Umständen sehr groß sein, und so mancher Kollege wird nachher die Heimreise wieder antreten müssen. Ob dabei die Firma die Bahnspesen ersetzt, wissen wir leider nicht. Aus allen diesen Gründen seien die Kollegen hiermit vor der Reise nach Wien gewarnt.

Frankreich.

Die Firma Janny in Paris, place de la Nation, sucht in deutschen Blättern tüchtige Monteur für Buchdruckereimaschinen. Die Firma arbeitet nur mit drei Leuten; auch läßt das Werkzeug zu wünschen übrig. Ferner bezahlt sie unter dem Tarif. Die Firma Stablers in Paris, 21 rue de la fontaine au Roi, in Paris sucht tüchtige ältere Optiker und verspricht ihnen Reisevergütung. Da sie ebenfalls unter dem Tarif bezahlt, erhält sie keine französischen Optiker. Die Section étrangère des métaux warnt vor Bezug zu den beiden Firmen.

Niederlande.

Der Gelbgießerverband hat mit 304 gegen 36 Stimmen den Anschluß an den Allgemeinen Niederländischen Metallarbeiterverband beschlossen.

Schweden.

Der Schwedische Metallarbeiterverband hat die Eröffnung der Petroleumlöhnerfabrik Primus bekräftigt. Als letztes eines Streiks ein Teil der Arbeiterkassette dieser Fabrik auf dem Eisenwerkplaner blieb, gelang es ihnen, eine andere Fabrik zu gründen, die sie Petroleumlöhnerfabrik Primus nannten. Diese beschäftigt nur organisierte Arbeiter. Unsere Kollegen hoffen, auf diese Weise die Fabrik Primus zur Annahme der Gewerkschaftszugehörigen zu bringen. Da keine Erzeugnisse zum großen Teil ins Ausland gehen und viel von Arbeitern gekauft werden, empfiehlt es sich, daß die deutsche Arbeiterkassette die Gewerkschaftszugehörigkeit der Fabrikverwaltung beschützt.

Sprachede.

Die Umkehrung nach und nach. Die Sprachwissenschaftler haben festgestellt, konnte man in den Leistungen sehr oft folgenden Spracherwerb finden: Der Sprachschüler hatte nur geringe Fertigkeiten erlernt und wurde er sich ohne jegliche Hilfe in seine Muttersprache begeben. In den Anfangs Jahren haben Sprachen (Endlich) und Sprachen (Sprache) die Stellen verwechselt. Solche Umkehrungen (Sprachen) kommen auch noch anderswo vor, wie sie jedoch richtig sind. Gerade die deutsche Sprache ist besonders reich daran. Es fällt aber immer ein, eine solche Umkehrung nach anderen Vorkommnissen zu machen. Jedermann spricht oder wir haben und sie oder haben wir, jetzt aber wir haben, sondern wir haben, denn wir haben (eine Umkehrung nach der Umkehrung nach und nach). Die Umkehrung nach und nach ist ebenso häufig, wie die nach den gewöhnlichen anderen Vorkommnissen. Was Sprachwissenschaftler jetzt, ist eine der letzten Wurzeln in ihrem Buche (Seite 204 der 1912 erschienenen 10. Auflage). Man darf annehmen, daß diese Umkehrungen sehr dazu beitragen können, daß der Fehler immer weniger vorkommt. Auch in der Arbeiterkassette, die so nach dem Erscheinen des Sprachwissenschaftlers im Jahre 1890 erst begann, sich zu entwickeln, konnte man diesen Fehler oft genug sehen, bis er immer weniger wurde und jetzt nur noch vorkommt. Auch folgendes gelegentlich ausgeführte Beispiel ist hier zu sehen: Der ein großes Gut wird ein Heide geist. Der Mann nicht mehr ist und das die Frau mitteilen.

Auch die Redakteure der Arbeiterpresse lassen diesen Fehler wohl niemals durchgehen, um so weniger, als es leicht ist, ihn zu verbessern. Nichtsdestoweniger kommt er aber doch noch oft vor, am meisten in Briefen und Drucksachen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Beispiele: Der Gewinberechnungskurs ist unentgeltlich und dürfte die hier gebotene fachliche Weiterbildung eine willkommene Gelegenheit sein. (Oftendrein noch ein höherer Satz.) Der Unterrichtskursus war gut besucht und merkten sich auch diesmal Diskussionsabende anschließen. Der Besichtigte kann eine Untersuchungskommission beantragen und ist diesem Antrage in allen Fällen Folge zu geben, wo eine schriftliche Klärung des Sachverhalts unmöglich erscheint. Der Besichtigungsgrad ist gegen das Vorjahr noch gestiegen und hat die Arbeitslosigkeit fast den bisher günstigsten Stand von 1907 wieder erreicht.

Diese von uns tatsächlich vorgefundenen Beispiele gehören zu den schlimmsten, die es gibt. Es werden in ihnen jedesmal zwei Sätze miteinander verbunden, die inhaltlich gar keinen Zusammenhang haben. Von Rechts wegen gehört in ihnen vor jedes Und ein Punkt. Das Bindewort und ist zu streichen und dann beginnt ein neuer Satz. Wer das nicht will, weil er längere Sätze liebt, kann sich noch dadurch helfen, daß er das Fürwort es einfügt und schreibt und es dürfte, und es werden, und es ist, und es hat. Einfach durch Umstellen der beiden gesperrten Worte ist folgendes Beispiel zu bessern:

Ich hat ihn darum und hat er es auch gleich zugesagt. Es gibt jedoch auch Fälle, wo die Umkehrung nach und richtig ist. Zum Beispiel folgende:

Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Winter besonders groß und darum beantragen wir, den ausgeheuereten Kollegen noch eine Unterstützung aus der Dristasse zu bewilligen. (Unsere Deutschvererber würden freilich schreiben „und beantragen wir darun.“) Die Streikbrecher hatten sich sehr unanständig betragen und dennoch gab die Gewerkschaft ihnen 100 Geld zu Rückerte.

Ein weiteres Beispiel, wo die Umkehrung nach und richtig ist, fanden wir in Goethes Dichtung und Wahrheit. Dort sagt Goethe im fünfzehnten Buche von einem Zeitgenossen folgendes:

Seine Unterhaltung war mannigfaltig und höchst unterrichtend; und konnte man ihm nachsehen, daß er sich, seine Persönlichkeit, seine Verdienste sehr lebhaft vorexpanb, so war kein Umgang wünschenswerter zu finden.

Sier gehen wir jedoch, daß noch ein zweiter Nachsatz folgt, der die Umkehrung rechtfertigt.

Es gibt kaum einen Sprachfehler, über den die Meinungen so gefährt sind wie die Umkehrung nach und kann einen, über den schon so viel geschrieben und gepöbelt worden ist. (Man denke nur an Telegramme und sonstige Rundebungen verschiedener hochstehender Personen.) Leider gibt es aber auch noch in der Arbeiterbewegung manden, an dem das alles unbemerkt vorübergeht. Das sind jedoch nur solche, die da glauben, ihr Deutsch sei so wunderschön, daß sie keine Belehrung bedürfen. Solchen Leuten ist allerdings nicht zu helfen. Wer aber den guten Willen hat, auch sein Deutsch weiterzubilden und diese geliebte Umkehrung nach und nach in seiner Schrift vorfindet, wird gut tun, ernsthaft an der Besserung seiner Sprache zu arbeiten, denn er wird gewiß noch mehr Fehler darin vorfinden. (Nachdruck, auch im Auszuge, nur mit Quellenangabe erlaubt.)

Literarisches.

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wenden man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Der politische Klassenkampf. Ein Beitrag zur Geschichte der Klassenkämpfe innerlich der deutschen Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. Berlin 1914. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H. 302 Seiten. Preis geheftet 3 M., gebunden 3,50 M. — Wir werden auf dieses Buch noch ausführlich zurückkommen.

Gegen den finanziellen Gebirgsbau. Reden des Reichstagsabgeordneten Genossen August Brey, des Genossen Dr. Silberstein und der Genossin Luise Fies. Verlag der Volksbuchhandlung (Dörnte & Mey), Hannover. 24 Seiten. Preis 15 s.

Die Aktiengesellschaften in der deutschen Porzellan- und Steingutindustrie. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Charlottenburg 1914. Kommission: Verlag von S. S. Dieß Nachf. & Co. m. b. H. in Stuttgart 138 Seiten. Preis geheftet 3 M., gebunden 4 M. — Beschäftigt aus folgenden Hauptabteilungen: Der wichtigste Typus und das innere Gefüge der Aktiengesellschaften. Die Entwicklung der Aktiengesellschaften in der Porzellan- und Steingutindustrie. Die Rentabilität in der Porzellan- und Steingutindustrie. Der Zustand der Unternehmungen, ihre Gründung und Entwicklung in Einzelabführung. Der Anteil von Kapital und Arbeit am Produktionsertrag. Die Entwicklung des Kapitalumschlags in der Porzellan- und Steingutindustrie in den Jahren 1908 bis 1912.

Samstag, Son- und Sparvereine "Produktion" e. G. m. b. H. in Hamburg. Geschäftsbericht über das 15. Geschäftsjahr 1913. Hamburg 1914. Hamburg Dr. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg. 103 Seiten nebst Plänen und Abbildungen. — Das einfach ausgestattete Heft zeigt uns ein Stück tüchtiger Genossenschaftsarbeit.

Reiniger. Handwörter für Naturfreunde, herausgegeben und verlegt vom Reiner, Gesellschaft der Naturfreunde. 16. Jahrgang 12 Hefte. Preis des einzelnen Heftes 30 s. Der Jahrgang mit fünf Sachverordnungen kostet 1,80 M. und 20 s. Bestellgeld. — Aus dem Inhalt des Heftes 1 haben wir hervorzuheben: Volkstümliche Erdgeschichte. — Dr. Köhler: Bleisucht und Formverformung des Leimblattes. — Hier wohnt bei den Rouboren Kalkstein. — Dr. Königsberger: Kanalarbeiter. — Prof. Kollmann: Geschichtsbildung und Schödel. — Dr. Zell: Hat Berg und die Natur überdrossen? — Langheim: Scheinbare Größe. — Oberdörfer: Das Kapornen Klavier und mittlere Sänger. — Rath: Selbstame Anpassungen von Pflanzen an Tiere. — Dr. Guffert: Säuregenannte Übertragungen. — Schmiedel. — Diejem Heft ist als Buchverordnungen beigegeben: Meeressische. Von Dr. Kurt Flöreride. 96 Seiten. Mit vielen Abbildungen. Preis des Buches allein 1 M.

Entwicklungsgeschichtliche Studien. Streifzüge im Sanderberg-Museum zu Frankfurt a. M. von G. Engelbert Graf (Berlin). Frankfurt a. M. 1914. Herausgegeben vom Arbeiter-Silberungs-Ausschuß zu Frankfurt a. M. Kommission: Verlag von S. S. Dieß Nachf. & Co. m. b. H. 100 Seiten. Preis 25 s. — Der fünfte Teil dieses Aufsatzes bezieht sich auf die Geschichte des gemeinlich aus dem Sanderberg-Museum herkommenden Arbeiters, welcher zu bringen, als es mit Hilfe der ausländischen Führer möglich ist. Der mit einem solchen Bilden in der Hand des Anwesenden beschriebene und seine Lehre beherrschend, wird seine Naturkenntnis und seine Weltanschauung erheblich vertiefen.

Caricaturen. Mitteilungen der deutschen Gartenbau-Gesellschaft & Gartenbau. Heft 1. April 1914. Erscheinung monatlich. Abonnementspreis 5 M. jährlich. Alle Geldsendungen und sonstigen Geldleistungen sind zu richten an den Generalsekretär H. Otto, Grieben (Hann.) — Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervorzuheben: Zeichnen der Zeit — über Gartenerleidigungen. — Unbewohnte Zimmer. — Die Silberkornen-Buchführung. — Gartenbauwissenschaften und Klein-... — Gartenbauzeitung für Mai. — Reaktionen.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.)
- Samstag, 9. Mai: Slogau. Schreyer, Kirchstr. 1, halb 9. Salswedel, Konrad-Blatt, halb 9.
 - Dienstag, 12. Mai: Nürnberg (Bauschlösser u. Inf. d. d. d.). Verbandsbüro Parthauserg, 8 Uhr. Wittenberge. Zentralthalle, halb 9.
 - Mittwoch, 13. Mai: Blankenburg a. S. Borwarth, 1/9. Pöhlendurg a. d. G. Sonne, 8 Uhr. Wilhelmshagen-Hilfsingen (Kempner). Halweland, Grenzstr. 28, halb 9. Wismar. Arbeiterheim, punkt halb 9.
 - Donnerstag, 14. Mai: Romdagh. Ring, Stadtdi. 8 Uhr. Freitag, 15. Mai: Selsig i. S. Neue Sorge, 9 Uhr. Samstag, 16. Mai: Wismarburg. Eisenstr. 25, halb 9. Hugsburg (Bauschlösser). Wacht am Rhein, 8 Uhr. Bitterfeld. Hohenzollern, halb 9 Uhr. Bochum (Fellenarbeit). Ring, 8 Uhr. Braut. Wulfbinger Hof, halb 9 Uhr. Brehlen. Engel, halb 9 Uhr. Bruchsal. Pfalz, halb 9 Uhr. Bunsau. Deutsches Haus, halb 9. Chemnitz (Bauschlösser). Volkshaus, 1/9. Chemnitz (Elektron). Nordpol, 1/9. Chemnitz (Sachter u. Antreiber). Volkshaus, halb 9 Uhr. Dresden-Verdingen. Weis, 1/9 Uhr. Dresden. Mühlenterrasse, 8 Uhr. Dortmund (Elektron). u. Wälter. Ditzel, Brüberweg 28, halb 9 Uhr. Dortmund (Feigungsmon. u. Selt.). Laufferfel, Auf dem Berge, halb 9. Dortmund (Schmiede). Laufferfel, Auf dem Berge, halb 9 Uhr. Eittingen. Brauerei Hämle, halb 9. Frankfurt a. M. (Speng. u. Inf. d. d.). Gewerkschaftshaus, Kolleg 3, halb 9. Göttingen. Wieße, Grünertwinkel, 1/9. Hama. Gewerkschaftshaus, halb 9. Kettlerbach. Lustiges Gut, 9 Uhr. Kötzingen. Goldener Engel, halb 9. Karlsruhe-Schaffstr. Winger, 9 Uhr. Leiz. Gewerkschaftshaus, halb 9. Mittweida. Rosengarten, 9 Uhr. Oberhausen. Kempner u. Inf. d. d. Restaur. Ihme, halb 9 Uhr. Oehndorf. Alter Schützenhof, halb 9. Oehndorf. S. Fellers Hof, halb 9. Ruhlshagen. Sambrinus, halb 9. Schmöden. S. M. Gold. Adler, halb 9. Waltesch. Friedrichsroda. Hermannsburg, Friedrichsroda, halb 9. Wittenberg-Hilfsingen (Schlosser u. Schmiede). Halweland, halb 9. Wittenberg. Volkshaus, halb 9. Zwickau (Kempner). Edelweiß, 1/9.
- Sonntag, 17. Mai:
- Barmen - Ederfeld - Wöhntel. Jugendheim, Wöhntel, 10 Uhr. Bochum-Sattlingen. Kerling, 10. Breslau (Elektron). Gewerksch. 10. Dresden (Schlosser, Dreher, Götter u. v. v. v. v.). Volkshaus, halb 11. Dortmund. Schwerte. Stamm, 10 Uhr. Erlangen. Postrestaurant, 10 Uhr. Anstellung eines Geschäftsleiters. (H. a. d. U.). Cafe Müller, halb 4. Gelsenkirchen (Forme). Eckermann, Dittelnstraße, 10 Uhr.

- Vertrauensleutezusammenkünfte.
- Chemnitz (Bauschlösser). Dienstag, 19. Mai, abends halb 9 Uhr. in d. Schulbacher Bierhalle, Sonnenstr.
 - Nürnberg (Elektron). Samstag, 16. Mai, abends 1/9 Uhr. in d. Verbandsbüro, Eckzimmer.
- Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.
- Berlin. Für die hiesige Verwaltung sind zwei Kollegen für den Bureau dienst angeheft werden. Es kommen in erster Linie schriftliche Arbeiten in Frage, mit denen Bewerber vertraut sein müssen. Diese Ausschreibung ist durch den Tod zweier Kollegen erforderlich geworden. Bewerber, die mindestens 5 Jahre organisierten sein müssen, werden erucht, ihre Bewerbungsschreiben bis zum 20. Mai, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an der Ortsverwaltung Berlin N. 54, Linienstraße 83/85, einzuenden.
- Sachsen. Wir eruchen um Angabe der Adresse des Schlossers Joh. G. Frey, geb. 10. 4. 1866 in Thür.
- Sachsen. Meine Sendungen sind an den Kollegen B. Behrens, Gothenstr. 24, 1, zu richten.
- Siegen i. W. Heijefeld nur in Siegen, Marienstraße 2, Erdg., Eing. Gartenstraße, vormittags 11-12 Uhr.
- Ostfriesland. Otto Rohde, 20 Jahre. — Altes Kräger, 36 Jahre. — Karl Jodert, 53 Jahre. — Danzig. Walter Blatt, Schiffsimmerer, 25 Jahre, Estrunken. — Albert Kossack, Schmied, 46 Jahre, Magentreb. — Aug. Schirmmacher, Kernmacher, 42 Jahre, Unfallfolgen. — Zül. Hoffmann, Schiffsimmerer, 26 Jahre, Estrunken. — Max Schnigge, Stammer, 28 Jahre, Wasserjucht. — Freiberg i. S. Felix Wolf, Former, 36 Jahre, Rechtsprechungswid. — Gelsenkirchen. Paul Richter, Schlosser, 22 Jahre, Lungenerkrankung. — Gräfenthal i. Thür. Karl Hänel, Schöne Aussicht, halb 3 Uhr. — S. M. (Feilenhäuser). Mar. f. d. U. (Feilenhäuser). Mar. f. d. U. in Deuts. 10. 10. 10.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Zileure

in Berlin C. 54, Linienstraße 83/85.

Privat-Anzeigen.

- Zuschriften betr. die Arbeiterfrage sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)
- Per sofort gesucht selbständiger Werkzeugschlösser für Kleinfabrikanten, der evtl. später den Meisterposten übernehmen kann. Gehaltsanspruch, Zeugnisabschriften und Referenzen an: 12822 Bad. Offen- u. Fischwarenstraße, Einsheim-Osling.
- Gelbf. Heizungs-Monteur zum sofortigen Eintritt nach Bulgarien gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und S. 3. 2534 an den Verlag d. Bl. erbeten.
- Radler und Drahtflechter sucht: Wilm. Rump. Bremen. Friesenstr. 9.
- Ein Feilenhaener gesucht. 12838 Rubin Friedr. Wegler a. Rahm.



Eines Arbeiters Weltreise. Preis M. 3. — bei Bezug durch Gewerkschaften für deren Mitglieder. Bei direktem Bezug von Einzulexemplaren ist der Betrag von M. 3.30 inkl. Porto im voraus einzuweisen und auf dem Postabchnitt anzugeben, wofür derselbe bestimmt ist. Durch den Buchhandel bezogen M. 4.50. Bestellungen übernehmen alle Verwaltungen des D. M. V. sowie der Verlag Alexander Schicke & Co., Stuttgart, Rötterstr. 16 b. Druck und Verlag von Alexander Schicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.

Den Verbandskollegen und den Vereinsbibliotheken empfehlen wir zur Anschaffung das nebenstehend abgebildete Werk. Preis M. 3. — bei Bezug durch Gewerkschaften für deren Mitglieder. Bei direktem Bezug von Einzulexemplaren ist der Betrag von M. 3.30 inkl. Porto im voraus einzuweisen und auf dem Postabchnitt anzugeben, wofür derselbe bestimmt ist. Durch den Buchhandel bezogen M. 4.50. Bestellungen übernehmen alle Verwaltungen des D. M. V. sowie der Verlag Alexander Schicke & Co., Stuttgart, Rötterstr. 16 b.